Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 18 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, 22. Juni 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 144

Von Westarp bis Wels

Schwarzweißrotgoldene Einheitsfront für das Fürstenkompromiß
Die Einheitsfront der 15 Millionen Werttätigen wird sie zerschlagen!

Kommunisten im Kampf gegen den Kompromiß

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 22. Juni.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat zu der durch den Volksentscheid geschaffenen Lage Stellung genommen. Sie ist der Auffassung, daß dieses Millionenvotum für die entschädigungslose Enteignung eine klare Entscheidung der Mehrheit des werktätigen Volkes gegen Hindenburg, gegen die Marx-Regierung und gegen den Reichstag ist. Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert deshalb die sofortige Auflösung des Reichstags und die Durchführung des Enteignungsgesetzes. Gegen alle Versuche, den klar zum Ausdruck gekommenen Massenwillen zu verfälschen und zu sabotieren und den Fürstenhäusern dennoch Riesenvermögen auszuliefern, wie es das Fürstenkompromiß der Marx-Regierung will, wird die Reichstagsfraktion den schärfsten Kampf führen, um den Sturz dieser und die Auflösung des Reichstags herbeizuführen.

SPD.-Führer zur „sachlichen" Mitarbeit bereit

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 22. Juni.

Aus der bürgerlichen Presse kommt das Bestreben zum Ausdruck, möglichst wie möglich den Regierungsentwurf zur Fürstenabfindung zu nehmen. Es wird gemeldet, daß sich die Regierungsparteien geeinigt haben, daß das Kompromiß en bloc angenommen werde. Das Zentrum erläßt zum Ergebnis des Volksentscheids eine Erklärung, in der betont wird, daß die Zentrumspartei versuchen werde, eine „gerechte Lösung" durchzuführen. Die „Germania" spricht über die Beteiligung der Zentrumsanhänger beim Volksentscheid: „Das Mißtrauen der Arbeiter gegen die bürgerlichen Parteien hätte das Eintreten der Zentrumsarbeiter für den Volksentscheid veranlaßt, weshalb die bürgerlichen Parteien und insbesondere das Zentrum nicht zögern dürften, noch vor den Reichstagswahlen das Regierungskompromiß anzunehmen. Die bürgerlichen Blätter tun sehr radikal und fordern die schleunigste Annahme des Regierungsentwurfs.

Hilferding hat gestern die Sozialdemokraten und Westarp von den Deutschnationalen zu sich geladen, um mit ihnen über die Annahme des Regierungsentwurfs, der jetzt wieder verfassungsändernd sein soll, zu sprechen. Der „Vorwärts" erklärt, daß die Sozialdemokratie dem Gesetz mitarbeitet, daß sie Verbesserungsanträge stelle und daß ihre endgültige Stellungnahme zum fertigen Gesetz vorbehalten bleibe. Der „Vorwärts" schreibt:

„Die Aufbringung einer Zweidrittelmehrheit mit der Sozialdemokratie ist schon nicht leicht, sie ist ohne sie von vornherein ausgeschlossen. Das ist — rein parlamentarisch gesehen — nicht eine Situation, in der man eine große Mehrheit behandelt wie „friß Vogel oder stirb", noch weniger empfiehlt sich nach der außenparlamentarischen Situation eine solche Behandlungsmethode. Wollen die Regierungsparteien etwa mit der Plattform gegen die Sozialdemokraten kommen oder wollen sie nach einer etwaigen Vorlage im Reichstag die Dinge auf sich beruhen lassen und wollen sie dann versuchen, der Sozialdemokratie die Schuld daran aufzubürden, daß nichts geworden ist? Die Sozialdemokratie könnte demgegenüber mit dem besten Gewissen der Welt versichern, daß sie durchaus bereit gewesen sei, an der Regelung sachlich mitzuarbeiten, daß sie aber durch das brüske diktatorische Verhalten der Regierungsparteien daran gehindert worden sei. Die Regierungsparteien stehen also vor der Entscheidung, ob sie der Sozialdemokratie den Weg zur sachlichen Mitarbeit öffnen oder verschließen wollen. Daß von dieser Entscheidung für sie selbst und ganz Deutschland allerlei abhängt, braucht nicht gesagt zu werden."

Berlin, 21. Juni.

Die Führer der Regierungsparteien hielten eine Besprechung über die Fürstenabfindung ab. Sie beschlossen einmütig, am Gesetzentwurf festzuhalten.

Auch die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei und der Bayrischen Volkspartei traten für die raschestes Erledigung der Regierungsvorlage zur Fürstenabfindung ein.

*

Was bedeutet die plötzliche Eile nicht nur der schwarzrotgoldenen, sondern auch der schwarzweißroten bürgerlichen Parteien? Nichts anderes, als daß diese Parteien die Enteignungsfrage aus der Welt schaffen möchten. Die 15 Millionen Stimmen lassen sie nicht ruhen.

Der Klasseninstinkt der Bourgeoisie hat auf das Ergebnis anders reagiert, als manche es geglaubt hätten. Aus der bürgerlichen Presse spricht nicht die Siegesfreude, sondern Bestürzung und Angst. Die Führer der bürgerlichen Klasse haben die ungeheure Bedeutung der Tatsache begriffen, daß trotz des äußersten Aufgebots aller finanziellen, geistigen und terroristischen Mittel der Bourgeoisie Millionen Stimmen entrissen wurden.

Für die Werktätigen kann natürlich keine Rede davon sein, daß das Fürstenkompromiß mit den Stimmen der Arbeiterschaft und der Inflationsopfer usw. angenommen werden könnte. Der Kernpunkt dieses sogenannten Kompromisses liegt darin, daß ein von Hindenburg ernanntes Richterkollegium über die Ansprüche der Fürsten entscheiden soll. Was dies nach dem Hindenburg-Brief bedeuten würde, ist klar. Die Werktätigen müssen darum den systematischen Kampf um die Forderungen des Volksentscheids weiterführen, sie müssen und werden für den Antrag der KPD.-Fraktion eintreten.

Ein Menetekel

Am 20. Juni sind die 20 Millionen Stimmen für den Volksentscheid nicht erreicht worden, aber die 15 Millionen Ja-Stimmen sind trotzdem ein ungeheurer Erfolg für die Arbeiterklasse. 15 Millionen, darunter viele Millionen Kleinbürger, Bauern, Angestellte und Beamte haben trotz aller Warnungen und Beschwörungen und trotz des gewaltigen Terrors sich zu der kommunistischen Forderung der restlosen Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser bekannt. Was bei dem Volksbegehren nur in 14tägiger Agitation gelang, nämlich 12,5 Millionen zur Einzeichnung für die zunächst formelle Unterstützung des eingebrachten Gesetzentwurfes zu bewegen — das ist am 20. Juni noch weit übertroffen worden: 15 Millionen haben sich uneingeschränkt für die völlige Enteignung der Dynastien ausgesprochen.

Diese 15 Millionen stellen eine gewaltige Kraft dar. Sie setzen sich zusammen aus dem größten Teil der Arbeiterschaft und aus einigen Millionen bürgerlicher Existenzen. Sie sind an Zahl stärker als die Wähler des Monarchisten Hindenburg. Sie repräsentieren, falls es sich um eine Parlamentswahl gehandelt hätte, eine Wählerschaft, die 250 Abgeordnete in den Reichstag entsandt hätte. Sie würden also, da der jetzige Reichstag insgesamt nur 495 Abgeordnete zählt, eine Mehrheit in diesem Reichstag bilden. Rund eine weitere Million, die sich an der Abstimmung mit Nein oder ungültigen Zetteln beteiligt hat, dokumentierte durch ihre Teilnahme ebenfalls ihre Gegnerschaft zu der Ueberlassung des Kroneigentums als Privatbesitz an die Fürsten. Wer dafür war, daß den Fürsten alles bleibt, hat sich entsprechend der Parole der Rechtspartei überhaupt nicht an der Abstimmung beteiligt. Schließlich muß berücksichtigt werden, daß von den angeblich 39 Millionen Abstimmungsberechtigten erfahrungsgemäß etwa ein Viertel überhaupt nicht zu Wahlen und Abstimmungen geht. Wenn die Regierung nicht unter Bruch der Verfassung das Gesetz über die Fürstenenteignung für verfassungsändernd erklärt hätte, dann gäbe es auch für den Gegner dieses Gesetzes nicht den geringsten Zweifel, daß die Forderungen der Fürstenenteignung eine gewaltige Mehrheit erzielt hat. Nur die Verfälschung der in der Verfassung vorgesehenen „demokratischen" Einrichtungen kann dazu führen, die Forderung der Fürstenenteignung für abgelehnt zu erklären.

Auch wenn die Zahl der Ja-Stimmen größer gewesen wäre, hätten die Gegner des Gesetzes seine Durchführung abgelehnt. Selbst bürgerliche Demokraten, die sich für die Zustimmung zum Volksentscheid als für das kleinere Uebel einsetzten, erklärten ja schon vor dem 20. Juni rund heraus, daß auch 20 Millionen Stimmen nicht die Durchführung des Gesetzes garantieren würden. Was der Verwirklichung der Fürstenenteignung entgegensteht, ist nicht das Fehlen von ein paar hunderttausend Stimmen, sondern, das ist der Widerstand des Bürgertums, seiner Regierung und seines Reichspräsidenten. Der „Vorwärts" spricht von Bezirken, wo das Wahlergebnis nicht gefälscht gewesen sei. Es gibt keinen solchen Bezirk! Die Sabotage der Marx-Regierung, die Eingriffe des Reichspräsidenten Hindenburg, das kapitalistische Monopol der Presse, haben überall auch da, wo kein terroristischer Druck der Monarchisten einsetzte, Abstimmungsberechtigte verwirrt und von der Einzeichnung abgehalten. Die deutsche Arbeiterschaft hat die Lehre erhalten, daß von einer **wirklichen Demokratie im kapitalistischen Staat zu reden, Dummheit und Verbrechen ist.** Die Mittel der bürgerlichen Demokratie sind bestimmt durch die wirtschaftlichen Machtverhältnisse.

Die erste Voraussetzung für die Durchführung der von der Mehrheit der Bevölkerung gewollten Fürstenenteignung ist daher die Beseitigung dieses reaktionären Reichstages und der von ihr gewählten und von der Sozialdemokratie gestützten Marx-Regierung. Sie haben ebenso wie der Reichspräsident Hindenburg am 20. Juni ein von ungeheuren Volksmassen angenommenes Mißtrauensvotum erhalten. Dem Nein des Loebell-Briefes Hindenburgs und der Reichsregierung haben 15 Millionen ein um so lauteres Ja entgegengesetzt. Regierung, Reichstag und Reichspräsident sind in erster Linie am Sonntag geschlagen worden. Hätten wir eine Demokratie in Deutschland, dann würden sie sich in der Frage der Fürstenabfindung fügen und von der politischen Bühne schleunigst verschwinden. Der Kampf für die Fürstenenteignung, die von 15 Millionen bejaht worden ist, muß deshalb zunächst fortgesetzt werden in der Form des verstärkten Drucks der Volksmassen, **um Reichstag und Reichspräsident fortzujagen.** Die ganzen Zustände in Deutschland, Arbeitslosigkeit und Teuerung, Rationalisierung und Zollwucher, Justiz- und Polizeiwillkür, erheischen diese Forderung auch sonst im Interesse der Werktätigen. Der 20. Juni hat gezeigt, daß 15 Millionen bereitstehen, diesen Kampf zu führen, und der „Lokalanzeiger", der von den neuen Verteidigungskämpfen der Reaktion spricht, hat ein besseres Verständnis für diese Situation als der „Vorwärts", der sich innerlich freut, daß die SPD. wieder auf den Weg der parlamentarischen Kompromißverhandlungen einschwenken wird.

Die sozialdemokratischen Arbeiter, unter deren Druck der sozialdemokratische Parteivorstand sich der kommunistischen Forderung der Fürstenenteignung anschließen mußte, werden gleich den Kommunisten das Resultat vom Sonntag als eine Ermutigung und als einen vorgeschobenen Sammelpunkt zu neuen Kämpfen betrachten. Trotz der Bemühungen der sozialdemokratischen Parteiinstanzen sind die Schranken zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zum großen Teil durchbrochen. Die sozialdemokratischen Arbeiter wissen, daß, anders als ihre Führer es ihnen

Der Stahlhelmüberfall in Ammendorf

Das Lügenwerk der Faschisten bricht zusammen

Die bürgerlichen Zeitungen in Halle, die die allzu durchsichtigen Stahlhelmlügen über die Spazierfahrt der unschuldigen Stahlhelmer abgedruckt haben, werden von den „Leipziger Neuesten Nachrichten", einer großbürgerlichen Zeitung, die es besser weiß, daß man bürgerliche Tendenzmeldungen wenigstens mit einem Kern der Wahrheit umgeben muß, belehrt. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" vom 22. Juni bringen folgenden Bericht:

„In Döllnitz herrschte anfangs Ruhe, bis plötzlich ein Gemeindewarter in den Straßen auszuklingeln begann, daß die Stahlhelmer im Anrücken seien und mit Steinwürfen die Bevölkerung drohten. Auf der Rückfahrt kam es zu Anrempeleien vor dem Gasthaus „Dreierhaus", in dem Kommunisten und rote Frontkämpfer in großer Zahl sich versammelt hatten. Es erfolgte ein Zusammenstoß, wobei es zu einer heftigen Schlägerei kam, und es wurde auf beiden Seiten gefeuert. Bei den roten Frontkämpfern wurden bis jetzt sechs Schußverletzte festgestellt. Einer von ihnen ist durch Steinwürfe verletzt. Der Stahlhelm hatte insgesamt sechzehn Verletzte, von denen sechs durch Schüsse verletzt worden sind. Es fielen insgesamt rund 200 Schuß. Während des Handgemenges und der Schießerei war zunächst kein Polizeibeamter anwesend. Ziemlich spät kamen drei Mann aus Ammendorf, denen später noch ein Kraftwagen mit vier Beamten folgte."

Dieser Bericht einer großbürgerlichen Zeitung ist eine einzige Widerlegung der Meldungen der hallischen Presse bzw. des Stahlhelms. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" trauen sich nicht zu behaupten, daß nur die Stahlhelmer geschossen haben. Das bringt die schwarzweißrote Zeitung nicht aufs Herz. Sie schreiben also: „Es wurde auf beiden Seiten gefeuert", während die hallische Presse mit größter Seelenruhe die Stahlhelmberichte, wonach die Stahlhelmer völlig unbewaffnet waren und nur den Kommunisten nachher einige Pistolen abgenommen hätten, nachdruckt. Die „L. N." wagen nicht festzustellen, daß die Stahlhelmer 200 Schuß abgegeben haben. Sie schreiben daher: „Es sind 200 Schüsse abgegeben worden."

Wir wiederholen noch einmal: das skandalöse Versagen des politischen Nachrichtendienstes hat keinen anderen Grund, als daß die über das mörderische Treiben faschistischer Horden empörten Schupobeamten wahrheitsgetreue Schilderungen abgegeben haben, die die leitenden Stellen anscheinend nicht zu veröffentlichen bereit sind.

Kommunistische Interpellation wegen Faschistenüberfälle

WTB. **Berlin**, 21. Juni.

Die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtags nimmt in einer großen Anfrage Stellung zu den Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern des Volksentscheids, wie sie sich am Sonntag u. a. in Ammendorf, Magdeburg, Köln, Altenessen, Fürstenwalde usw. ereignet hätten. Das Staatsministerium wird gefragt, was es in Zukunft zu unternehmen gedenke, um dem die Arbeiterschaft schwer bedrohenden bewaffneten Terror der monarchistischen Verbände wirkungsvoll entgegenzutreten und die Entwaffnung der monarchistischen Verbände durchzuführen.

Sensationelle Steigerung der Anilinaktien

An der gestrigen Montag-Börse ist es zu einer beispiellosen Hausse der Aktien der J. G. Farbenindustrie gekommen. Der Aktienkurs gewann 25 Prozent und steht augenblicklich 220 Prozent über Vorkriegsparität.

An einem Tage haben die Aktionäre des Farbentrusts, unter denen sich der Exzeßprinz von Oels befindet, 150 Millionen Mark profitiert. Man führt diese Riesensteigerung auf große Käufe von Rockefeller zurück. Daß die drohende Ueberfremdung des deutschen Chemiekapitals die Unabhängigkeit Deutschlands immer mehr untergräbt, hört die patriotischen schwarzweißroten Aktionäre nicht.

Die Börse verbreitet Nachrichten über die bevorstehende Bildung eines internationalen Farbentrusts.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260622-13/fragment/page=0001

sagen, die Kommunisten ihre Klassenbrüder sind und daß eine gemeinsame Front gegen den Klassenfeind, gegen das Bürgertum, gebildet werden muß.

Die Kommunistische Partei Deutschlands kann stolz auf das bisherige Ergebnis der Fürstenenteignungskampagne zurückblicken. Im Herbst vergangenen Jahres wurden die Kommunisten noch verlacht und von der SPD. verhöhnt, als sie die Forderung der restlosen Fürstenenteignung aufstellten. Dann mußte die SPD. der KPD. folgen. Alles Geschrei über den kommenden Bolschewismus als unmittelbare Folge des Volksentscheides hat nicht gehindert, daß neben den Millionen sozialdemokratischer Arbeiter, die mit den Kommunisten am gleichen Strange zogen, noch Millionen von Kleinbürgern die Furcht vor den Kommunisten verloren.

Das alles gibt der KPD. die Gewißheit, daß sie weitere Erfolge erzielen, alte Vorurteile und Gegnerschaft überwinden, neue Massen um sich sammeln und den Kampf erfolgreich zu Ende führen wird.

Ueberall faschistische Ueberfälle

(Eig. Drahtb.) **Berlin**, 21 Juni.

Es werden immer neue faschistische Ueberfälle und Terrortaten am gestrigen Abstimmungssonntag aus dem ganzen Reiche gemeldet. In der Nähe von Hamburg kam es beim Dorf Stapelfeld (Kreis Stormann) zu einem Zusammenstoß einer Frontkämpferabteilung mit der dortigen bewaffneten Feuerwehr, welche die Frontkämpfer am Betreten des Ortes zur Kontrolle, ob kein Wahlterror betrieben werde, verhindern wollte. Es kam zu einem schweren Handgemenge, wobei es mehrere Verwundete und einen Schwerverwundeten gab. Der Feuerwehr wurden ihre Gewehre abgenommen. — In Görlitz attaktierten die Stahlhelmer einige Gruppen roter Frontkämpfer und Reichsbannerleute. Die Bevölkerung stellte sich auf seiten der verbündet kämpfenden roten Frontkämpfer und Reichsbannerkameraden. Es kam zu schweren Zusammenstößen. Von der Polizei wurden später im Stahlhelmlokal fünfzehn Waffenstöcke beschlagnahmt. — In Duisburg und Bonn kam es, wie das „Berliner Tageblatt" berichtet, „infolge des provokatorischen Auftretens rechtsradikaler Elemente" zu blutigen Zusammenstößen, wobei ein Reichsbannermann einen tödlichen Bauchschuß erhielt.

Die „Sachlichkeit" des WTB.

Die Berichterstattung des WTB. (Wolffs Telegraphisches Bureau) sollte den Zweck verfolgen, in objektiver, wahrheitsgetreuer Weise Tatsachen zu übermitteln.

Wir wollen an einigen Beispielen kommentarlos feststellen, wie es sich mit dieser Objektivität verhält.

1. Die hallische Ausgabe des Wolff-Bureaus erfüllt die Verpflichtung der Unparteilichkeit in ihrer Ausgabe vom 20. Juni wenigstens insofern, als es über den Stahlhelmüberfall in Ammendorf nebeneinander einen Stahlhelmbericht und einen dem „Klassenkampf" entnommenen Bericht abdruckt. Hierzu ist allerdings zu bemerken, daß in der Ausgabe vom 19. Juni ein offensichtlicher Stahlhelmbericht über den Stahlhelm-Mordüberfall in der Langen-Straße einfach als „Privattelegramm" mitgeteilt wird, während der kommunistische Bericht ausdrücklich als solcher bezeichnet wird. Wenn das Wolff-Bureau demnach in Halle die Verantwortung für die Stahlhelm-Lügen auch nicht übernimmt, so leistet sie durch Nichterwähnung der Quelle des Stahlhelm-Berichtes doch dem Glauben Vorschub, als ob es sich um einen neutralen Bericht handeln würde.

2. Die größte Verantwortung dafür, daß die Bevölkerung nicht in sachlicher Weise aufgeklärt wird, trägt die Polizei, die entgegen der vom Wolff-Bureau in ihrer Ausgabe vom 19. Juni 1926 ausgesprochenen berechtigten Erwartungen eines amtlichen Berichtes keinen solchen herausgegeben hat. Der Grund dafür liegt offensichtlich darin, daß die Polizei auf Grund der Aussagen der Schupobeamten gezwungen wäre, einen Bericht herauszugeben, der das mörderische Treiben und die verlogene Berichterstattung der Stahlhelmer in entsprechende Beleuchtung rückt. Man verzichtet also lieber auf jede Darstellung.

3. Die Berliner Ausgabe des Wolff-Bureaus vom 19. Juni, Nr. 1040, bringt einen Stahlhelm-Bericht schon als offiziellen Bericht des Wolff-Bureaus. Berlin ist weiter als Halle. Aber so weit ist Berlin doch nicht, daß es nicht möglich wäre, diese bezeichnenden Unterschiede zwischen der hallischen und der Berliner Ausgabe des WTB. festzustellen. Nach der Philosophie des WTB. ist die Wahrheit in Halle wohl eine andere als in Berlin?

Die Berliner Abend-Ausgabe des WTB. vom 19. Juni Nr. 1040 bringt folgenden Bericht:

„**Zusammenstöße in Halle.**

Halle a. d. S., 19. Juni. Zu dem bereits berichteten Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Stahlhelmleuten in dem Vorort Glaucha wird weiter gemeldet, daß die Kommunisten die Zahl ihrer Verletzten mit 7 angeben."

Hierzu stellen wir fest, daß die Kommunisten die Zahl ihrer Verletzten nicht mit sieben angaben. Der „Klassenkampf" hat lediglich mitgeteilt, daß sieben Verwundete in der Produktiv-Genossenschaft verbunden wurden. Eine Anzahl anderer Verletzte wurden teils im Krankenhaus behandelt, teils von den Arbeitersamaritern verbunden und in ihre Wohnungen befördert.

Die Faschistenprovokateure in Gerbstedt

Das gestrige „Volksblatt" veröffentlicht über die Methoden der Stahlhelm-Horden folgenden Bericht:

„In Gerbstedt kam es am Sonnabend anläßlich einer Versammlung zu einem Zwischenfall, der die Absichten des Stahlhelms und die „harmlosen Mittel", deren man sich zur wirkungsvollen „Unterstützung" seiner gegenteiligen Meinung bedient, im klaren Lichte zeigt. Kaum hatte sich das Versammlungslokal gefüllt, als vor demselben die Lastautos mit Anhänger, vollbesetzt mit Stahlhelmern, die „in der Diskussion sprechen wollten", vorfuhr. Es ist zu bemerken, daß die Obernationalen **in der Uniformierung und mit der Sowjetfahne des RFB. angefahren kamen** und sich erst später als Szylla-Indianer entpuppten! Mit Geistesgegenwart und großer Geschicklichkeit verstand es unser Genosse Gebhardt (Halle), die Stahlhelmer in den Hausflur der Wirtschaft zu locken, wo Schupo und Reichsbanner, nachdem man die Ausgänge auf beiden Seiten versperrt hatte, sie liebevoll in Empfang nahmen. Nachdem der Polizeikommissar erklärt hatte, daß eine Leibesvisitation vorgenommen würde, erblaßten die Raubritter vor Schreck und suchten in die Gaststube zu flüchten. Aber, o weh! Auch der Ausweg war versperrt. Und nun ging's los. Es wurden in kürzester Zeit zutage gefördert:

5 geladene Armeepistolen, 5 Totschläger, 10 Gummiknüppel, 3 Dolche, 8 Seitengewehre, eine Unzahl Kabelstücke, Gasrohre, Schlagringe, Eisenstücke in jeder Form.

Die Banditen waren sämtlich bewaffnet, mit Ausnahme der beiden Häuplinge Szylla und Fritzsche, die entweder aus Feigheit ihre Waffen offenbar ihren „Kameraden" zugesteckt hatten, oder ganz pfiffig vorgehen wollten. Eine Leibesvisitation der in der Gaststube anwesenden Gäste ergab, daß sich darunter **zahlreiche befanden, die einen geladenen Revolver in der Tasche trugen . . . allerdings auf Grund eines Waffenscheins!?"**

Ueber den Stahlhelmüberfall in Ammendorf berichtet das „Volksblatt" in vollkommen übereinstimmendem Sinne mit unserem Bericht vom 20. Juni.

Die SPD.-Führer im Kampfe gegen die Einheitsfront

Geständnisse über den Volksentscheid

Die im Kampfe um den Volksentscheid und im Abwehrkampf gegen die monarchistischen Terrororganisationen von unten aus errichtete Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter erfüllt den SPD.-Parteivorstand mit Angst und Sorge. Es war daher zu erwarten, daß nach dem Volksentscheid die Bemühungen des SPD.-Parteivorstandes, die proletarische Einheitsfront zu zerschlagen, sich verdoppeln werden.

Das **„Vorwärts"-Abendblatt vom 21. Juni liefert prompt den ersten Angriff auf die Kommunisten.** Festzunageln ist zunächst das Geständnis, **daß die SPD.-Führung die Parole der entschädigungslosen Enteignung nur aus Furcht vor der Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiter angenommen hat. Es heißt wörtlich:**

„Zweifellos ist, daß die Parole der „entschädigungslosen Enteignung" auf einen Teil der Wähler abschreckend gewirkt hat. **Aus ihr haben die Gegner alle ihre Argumente gezogen.** Es gelang ihnen, einem Teile des Volkes einzureden, daß die entschädigungslose Enteignung der Fürsten nur das Vorspiel der allgemeinen entschädigungslosen Enteignung sei. **Wäre es möglich gewesen, dem Volke einen einzigen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der den Fürsten eine gewisse mäßige Abfindung beließ,** (!!) so hätten die Gegner gegen ihn überhaupt keine Waffe **gehabt, und der volle Sieg wäre wahrscheinlich gewesen.** Aber wie hoch hätte eine Abfindung bemessen werden sollen? — das war die Frage. **Und wie hätten die Kommunisten es ausgenützt, wenn die Sozialdemokratie** — nicht den Fürsten, wohl aber dem **praktischen Erfolg zuliebe — einen derartigen Entwurf eingebracht hätte!** Wir hätten dann den Kampf mit verkehrter Front führen müssen, und wahrscheinlich wäre es den Kommunisten gelungen, mit der **Parole:** entschädigungslose Enteignung so viel Stimmen abzusplittern, daß auch auf diesem Wege der praktische Erfolg nicht erreicht worden wäre."

Die Angst und Furcht vor den Kommunisten bestimmt den Ton des ganzen Artikels. Schließlich versucht der „Vorwärts" den Volksentscheid mit einem plumpen Trick dahin zu deuten, daß die kommunistischen Arbeiter jetzt lernen müßten „auf demokratischem Boden und mit demokratischen Mitteln" den Kampf zu führen.

Die SPD.-Führer werden eine Enttäuschung erleben. Nicht die kommunistischen Arbeiter haben den Segen der „Demokratie" kennengelernt, **sondern die sozialdemokratischen Arbeiter und Millionen parteiloser Arbeiter haben den Schwindel der bürgerlichen Demokratie kennengelernt, die auf den Volkswillen pfeift, die das Resultat des Volksentscheids durch Terror und Fälschung entstellt.** Die sozialdemokratischen Arbeiter werden auch immer mehr erkennen, daß ihre Führung nicht für „die Demokratie" kämpft (die es überhaupt nicht gibt), nicht für die proletarische Demokratie kämpft, die nur in einer proletarischen Republik möglich ist, sondern sich für die bürgerliche Demokratie einsetzt.

Der Artikel des „Vorwärts" war der erste Schritt. **Auftakt zur Kommunistenhatz!** Ihm werden in den nächsten Tagen neue Manöver, „Enthüllungen" über die KPD., neue Abdrücke der Artikel von Korsch, Katz und Co. folgen. Die sozialdemokratischen Arbeiter seien gewarnt!

Die hallische Presse zum Ausgang des Volksentscheids

Die Kommentare der hallischen Rechtspresse zum Ausgang des Volksentscheids sind keineswegs jubilierend. Sowohl in der „Allgemeinen Zeitung" wie auch besonders in der „Halleschen Zeitung" ist die Stimmung sehr gedrückt.

5 Millionen bürgerliche Ja-Stimmen

Die „Hallesche Zeitung" **nimmt in ihrem gestrigen Leitartikel,** der die Ueberschrift trägt: **„14½ Millionen"** zum Ausgang des Volksentscheids in folgenden Sätzen Stellung:

„Zwölfeinhalb Millionen deutsche Wähler bekundeten beim Volksbegehren, daß ihnen das Privateigentum kein unantastbares Heiligtum sei. Ueber 14 Millionen sind beim Volksentscheid derselben Meinung. Beim Volksbegehren fehlte die Aufklärung im bürgerlichen Lager fast ganz, man hätte annehmen sollen, daß die zwei Millionen bürgerliche Mitläufer, **die beim Volksbegehren sich die Moskau-Parole zu eigen machten, sich eines Besseren besonnen** und Hindenburgs Warnung befolgt hätten. **Aber es sind fast fünf Millionen Bürger geworden!** Fünf Millionen, die wegen ihrer entwerteten Kriegsanleihe und Sparkassenbücher verbittert den Boden des Rechts verlassen und die Enteignung des Privateigentums billigen."

Auch die „Hallischen Nachrichten" können die Augen nicht verschließen, daß die Gesamtzahl der bei den letzten Wahlen abgegebenen kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen diesmal doch recht beträchtlich überschritten worden ist, daß also auch **aus anderen Lagern ein starker Zuzug erfolgt sein muß.**"

Nach den Tigerpranken — die Samtpfötchen

Die „Allgemeine Zeitung" hatte am lautesten während der Volksentscheidskampagne getobt. Kein Mittel der schmutzigsten Demagogie, keine noch so wüste Beschimpfung und Bedrohung der sich am Volksentscheid beteiligenden bürgerlichen Kreise war diesem Blatt schmutzig und gemein genug um seine Hetze zu betreiben. Die Kleinbürger und Arbeiter **werden nicht die Beschimpfung als Diebe und Räuber vergessen, die wochenlang in den Spalten der „Allgemeinen Zeitung"** gegen sie tobte, werden nicht vergessen, wie dies Blatt den ökonomischen Terror gegen alle, die sich an der Abstimmung beteiligten, organisiert hat und werden angesichts dieser Tatsache nur einen Ekel empfinden vor der Anbiederung, die die „Allgemeine Zeitung" gestern den fast 15 Millionen Ja-Stimmen gegenüber auf einmal anschlägt. Unter der Ueberschrift: „Das Recht hat gesiegt" schreibt dies Blatt:

„Mit dem Sieg allein ist es jedoch nicht getan. Die immerhin sehr hohe Zahl der Ja-Stimmen ist eine neue ernste Mahnung, nun auch nach dem Kampf und Sieg Recht und Besonnenheit walten und einen Frieden folgen zu lassen im Innern unseres Landes, wie ihn nach außen Wilson uns versprach und nicht gewährte: einen „Frieden der Verständigung und Gerechtigkeit". Nichts wäre verkehrter, ungerechter und unkluger, als nun dem Besiegten die Faust zu zeigen. **Vergessen wir nie:** auch die, die jetzt besiegt sind, mögen sie allen Freunden der Ordnung und des Wiederaufbaus noch so wenig Freund sein: **Für uns sind und bleiben sie trotz ihrer Feindschaft und ihrer schweren Irrungen doch immer deutsche Volksgenossen,** die wir eines Tages für uns, für das Wohl des Staates und der Gesamtheit gewinnen müssen."

Die Arbeiter und **Kleinbürger kennen diese über Nacht umgeschlagenen Flötentöne,** um zu erkennen, wie gefährlich es wäre, auf diese Musik hereinzufallen. Diese liebenswürdige Musik soll nur den **Text zu der weiteren Enteignung des Volkes nicht nur** durch die Fürsten, sondern auch durch die Kapitalisten begleiten.

Was nun?

Das hallische „Volksblatt" schreibt unter der Ueberschrift: „Eine Warnung" zum Resultat des Volksentscheids folgendes:

„Diesen großen **tatsächlichen Erfolg wird die Sozialdemokratische Partei im Reichstage ausnützen. Die Fürstenabfindung wird in** der nächsten Zeit **der Punkt der Politik sein, um den sich im wesentlichen alles dreht.** Kein Gedanke daran, daß, nachdem 15 Millionen sich für die entschädigungslose Enteignung ausgesprochen haben, die Sozialdemokratische **Partei bereit wäre, einem Kompromiß zuzustimmen, der das Rechtsempfinden dieser 15 Millionen brüskiert.** Eine Regelung, die **nicht ganz andere Züge als beispielsweise der letzte Regierungsentwurf trägt, ist für die Sozialdemokratische Partei unannehmbar.**

Gelingt das nicht, nun, dann hat der Reichstag bewiesen, daß er sich in seiner Mehrheit nicht mehr als Repräsentant des Volkswillens fühlt, daß es **höchste Zeit ist, ihn heimzuschicken** und eine neue Vertretung zu wählen, die der tatsächliche Ausdruck des Mehrheitswillens der deutschen Nation ist."

Der letzte Regierungsentwurf, den hier das „Volksblatt" **so strikte ablehnt,** ist von den in der **preußischen Regierung** sitzenden Sozialdemokraten **Braun** und **Severing angenommen** worden. **Auch eine Reichstagsauflösung wurde** bislang von der **sozialdemokratischen Reichstagsfraktion strikte abgelehnt,** die **Verbindung mit dem Volksentscheid aller Wahrscheinlichkeit** nach **einen überwältigenden Sieg des Volksentscheids gebracht** hätte. **Gerade eine Verbindung des Volksentscheids mit einer Reichstags**wahl hätte den Rechtsparteien die Terrormöglichkeiten in weitem Maße genommen und hätte das schwierigste Problem beim Volksentscheid das Heranbringen der Massen zur Wahlurne überaus erleichtert. Die **Verbindung des Volksentscheids mit einer Reichs**tagswahl hätte die Reaktion in eine fatale Situation hineingebracht, bei der auch die Parole der Wahlenthaltung beim Volksentscheid nicht gefruchtet hätte. Wenn wir die von den SPD.-Instanzen sabotierte Reichstagsauflösung und die Haltung führender SPD.-Männer mit den Parolen, die das „Volksblatt" aufstellt, vergleichen, so ist der Gegensatz in die Augen springend. Auf der einen Seite Ablehnung des Regierungsentwurfes und Forderung nach Reichstagsneuwahl, auf der anderen Seite Annahme ... Fürstenforderungen durch den Regierungsentwurf und das Bestreben, wohlbestallt in die Große Koalition hineinzukommen. ... die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter stehen, ... keine Frage. Wo das „Volksblatt" übermorgen steht, das ist je... zweifelhaft. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter können **ihre Politik** durchdrücken, wenn sie die begonnene **Kampfgemeinschaft,** die am Sonnabendabend bei der großen Demonstration des hallischen Proletariats so überzeugend zutage tat, **bekräftigen und vertiefen.** Dann sind 15 Millionen Stimmen, die Sonntag für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten abgegeben wurden, **ein Sieg,** dem noch größere Siege folgen werden. **Aber auch nur dann.**

Die KPD. im Rheinland fordert einheitliche Aktion gegen Nationalisierung

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf,** 22. Juni

Die Bezirksleitungen der drei Bezirke Ruhrgebiet, Niederrhein **und Mittelrhein haben an die Bezirksleitungen der** Gewerkschafts**verbände, des Allgemeinen** Deutschen Gewerkschaftsbundes, **Afa-Kartells und der christlichen Gewerkschaften,** ein Schreiben gerichtet, **in dem sie aus Anlaß der Bildung des Montantrustes,** ... **durch 17 000 Angestellten zum 1. Juli gekündigt** worden ist, die Gewerkschaften auffordern, mit der Kommunistischen Partei gemeinsame **Beratungen zu pflegen über die Möglichkeit** der Abwehr der **Nationalisierungsoffensive der Unternehmer** gegen Angestellte, ... **amie und Arbeiter. Die Kommunistische** Partei hat den Gewerkschaften **bis zum 25. Juni Zeit gegeben, auf diese** Anfrage zu antworten.

Das Aufwertungsvolksbegehren

Der Sparerbund an Hindenburg

Berlin, 21. Juni

Der Sparerbund in Freiburg (Breisgau) hat an den Reichspräsidenten **von Hindenburg ein Schreiben gerichtet.** Das Schreiben **verweist auf den dem geplanten Aufwertungsvolksbegehren** zugrunde **liegenden Gesetzentwurf und gibt der Erwartung Ausdruck, daß** der **Reichspräsident dem vom Reichskanzler a. D. Luther** noch ... **bereiteten Sperrgesetz zur Verhinderung des Aufwertungsvolks**begehrens **entgegenwirken möge.**

Genau so wie Hindenburg für den Raubzug der Fürsten eingetreten ist, nachdem er die Bitte der Aufwertungsopfer, das Aufwertungsgesetz auszusetzen, nicht durchgeführt hat, genau so wird Hindenburg weiter die Inflationsopfer durch die Aufrechterhaltung des Lutherschen Sperrgesetzes brüskieren und durch Dotationen an die Fürsten beweisen, **daß er nicht** der Präsident der kleinen Leute ist, die ihn gewählt **haben,** sondern das Haupt der reaktionären Haifische und Kapitalisten. Bitten an Hindenburg fruchten nichts. Es fruchtet nur der **Kampf** der kleinen Sparer an der Seite der Arbeiterschaft **gegen Hindenburg.**

Die Millionenunterschleife bei der Reichsbahn in Frankfurt a. d. O.

Wie die „Vossische Zeitung" aus Frankfurt a. d. O. meldet, handelt es sich bei den verhafteten Beamten um den technischen Eisenbahninspektor **Jüngling,** der in den Betriebswerkstätten in Frankfurt a. d. O. tätig war. Weitere Beamte sollen in die Untersuchung einbezogen worden sein. Die nunmehr abgeschlossenen Gutachten der Sachverständigen haben dem „Lokalanzeiger" zufolge ergeben, daß **allein die bei dem Umbau des Bahnhofes Frankfurt hinterzogenen Summen über 4 Millionen** Mark betragen. Insgesamt soll die Reichsbahn **um etwa 15 bis 16 Millionen** geschädigt worden sein.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

General von Gayl Nachfolger im Bureau des Reichspräsidenten. Das Gerücht erhält sich hartnäckig, daß der Staatssekretär Meißner aus dem Bureau des Reichspräsidenten **fortgenommen** werden soll, **um als Gesandter in Wien verwendet zu werden.** An seine Stelle **soll der deutschnationale Reichstagsabgeordnete** und ehemalige **General Freiherr von Gayl treten. Eine** solche Umstellung im Bureau des Reichspräsidenten **würde natürlich** einen weiteren entschiedenen Ruck nach Rechts bedeuten. **Staatssekretär** Meißner war bekanntlich auch im Bureau von **Ebert.** Hindenburg hatte ihn damals übernommen. — Diese Nachricht **wird** zwar offiziell dementiert, aber man weiß ja, daß solche **Dementis** meistens die besten Bestätigungen sind.

Die Tageszeitung der 23 Rechten. Nachdem die 23 Rechten seit einiger Zeit ein wöchentlich erscheinendes Organ herausgegeben haben, werden sie, wie die bürgerliche Presse mitteilt, vom 1. Juli an ein eigenes täglich erscheinendes Parteiorgan herausgeben. Die Zeitung der 23 Rechten wird die Ueberschrift tragen „Volksstaat".

Der hannoversche Studentenpöbel hat seinen Willen. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers" aus Hannover fand gestern nachmittag eine Vollversammlung der Studentenschaft der technischen Hochschule Hannover im großen Saale des Parkhauses statt. Ein Antrag, den in der Verhandlung mit dem Kultusministerium geschaffenen Vergleich zum Lessing-Konflikt anzunehmen, fand die Billigung der Studentenschaft. Die Vorlesungen Prof. Lessings am Montag konnten einen ruhigen Verlauf nehmen.

Landesverratspsychose. Wie in einer kleinen Anfrage eines deutschnationalen Landtagsabgeordneten ausgeführt wurde, verbreitet die „Friedensgesellschaft" Hagen in Westfalen im Mai Flugblätter des Inhaltes, daß Deutschland geheime Rüstungen treibe, um den Krieg gegen Polen vorzubereiten usw. Dem „Amtlichen Preußischen Pressedienst" zufolge **hat der** Staatsanwalt in Hagen das Flugblatt beschlagnahmt und die Vorgänge dem Oberreichsanwalt zur Strafverfolgung wegen Landesverrats vorgelegt.

Was besser gewesen wäre. Nach einer Meldung der „Germania" hat die Zentrumsfraktion des Reichstages beschlossen, ein Begnadigungsgesuch zugunsten der in Trier verurteilten Mosel-Winzer an die preußische Regierung zu richten. Das Zentrum, das mit dieser Geste seinen Prestigeverlust bei den Winzern wettmachen will, hätte besser daran getan, durch eine vernünftige Steuerpolitik die Winzer nicht zur Verzweiflung zu treiben.

Nationalrevolutionäre Siege in China. Wie die Agentur Pacifique aus Hongkong berichtet, melden die in Kanton veröffentlichten Berichte **weitere große Siege im Honangebiet.** Der Fall der Stadt Chingtiah stehe bevor. **Die Provinz Kwei...** habe sich erboten, mit Kanton ein Bündnis abzuschließen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260622-13/fragment/page=0002

Auslandswochenschau

Der neue englisch-russische Konflikt — 7 Wochen englischer Bergarbeiterstreik — Die französische Regierungskrise — Der Zollkampf in der Tschechoslowakei

A. R. Die neue Aktion der englischen Konservativen gegen Sowjet-Rußland ist in leichtfertiger Weise provoziert. Die englische Note, die nach Moskau ging, suchte krampfhaft die Vorwände, um Sowjet-Rußland Vorwürfe machen zu können. Die Unterstützung streikender Arbeiter durch die Gewerkschaften anderer Länder ist eine durchaus alltägliche Angelegenheit; solange es überhaupt organisierte Arbeiter gibt, ist noch nie ein Staat darauf gekommen, aus einem solchen Anlaß diplomatische Schritte gegen einen anderen Staat zu unternehmen. Aber es kommt den Herren Chamberlain und Baldwin auf die Rechtsgründe für ihr Vorgehen gegen Sowjet-Rußland nicht an. Man will sich einfach an Sowjet-Rußland rächen, weil die Geldspenden der russischen Arbeiter den Widerstandswillen des englischen Proletariats stärkten. Man will Sowjet-Rußland schlagen, weil man weiß, daß die bloße Existenz der Rätemacht die stärkste Kraftquelle für das internationale Proletariat ist. Einen neuen Abdruck der russisch-englischen Beziehungen will freilich nicht einmal die Baldwin-Regierung riskieren. Man begnügt sich zunächst damit, die russische Handelsvertretung in England zu schikanieren und ihre Tätigkeit lahmzulegen. Einen neuen bewaffneten Angriff gegen die Sowjetmacht traut man sich noch nicht zu. Aber man will die russischen Arbeiter und Bauern durch wirtschaftliche Druckmittel strafen. Die Antwort der russischen Arbeiterschaft auf die englische Unverschämtheit war klar und deutlich. Die russischen Gewerkschaften werden auch künftig den ausländischen Klassengenossen soviel Solidarität beweisen, wie es ihnen gefällt. Das Mißvergnügen der ausländischen Bankdirektoren und Zechenbesitzer wird daran nichts ändern. Es scheint, als würde die englische Regierung bei ihrem verschärften antirussischen Kurs Unterstützung Frankreichs finden. Die französische herrschende Klasse fühlt sich durch die Kriegsreden Mussolinis beunruhigt. Die italienische Einmischung in Marokko hat in Paris peinlich gewirkt. Man kennt auch die Pläne der italienischen Kolonialpolitiker gegen die französische Besitzung Tunis. So hat sich in den Mittelmeerländern in letzter Zeit eine gewisse Solidarität zwischen England und Frankreich gegenüber den Ansprüchen Italiens herausgebildet. Die französische Gegenleistung besteht zunächst in antirussischen Leitartikeln der Regierungspresse, in denen die englische Note an Sowjet-Rußland gelobt wird. Ob Frankreich noch weitere bindende Verpflichtungen zur Unterstützung der englischen Aktion gegen Sowjet-Rußland unternommen hat, ist noch nicht klar. Immerhin ist die außerordentliche Verschleppung der russisch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in Paris einiges zu denken. Je schlechter der englischen Bourgeoisie daheim geht, je schärfer die Klassengegensätze in England sich zuspitzen, um so heftiger werden auch die Intrigen Chamberlains gegen Sowjet-Rußland sein und um so eifriger wird die englische herrschende Klasse ausländische Verbündete gegen die Sowjetmacht suchen.

•

Mit einer Ausdauer und Entschlossenheit ohnegleichen führen die englischen Bergarbeiter ihren Kampf gegen das Zechenkapital. Die Kampffront der britischen Bergarbeiter ist völlig ungebrochen. Die Arbeiter denken an keine Kapitulation. Einzelne kompromißlustige Bergarbeiterführer wie Cooper und Varley sind völlig isoliert. Indessen ist die Solidarität unter den übrigen englischen Gewerkschaften seit Abbruch des Generalstreiks gelähmt. Außer Geldsammlungen tun z. B. die englischen Eisenbahner und Transportarbeiter offiziell für die ausstehenden Bergleute nichts. Dieser Zustand wird nicht lange fortdauern können. Das übrige englische Proletariat wird sich entscheiden müssen, ob es duldet, daß fremde Streikbrecherkohle in England ausgeladen und verschifft wird. Ebenso ist es höchste Zeit, daß die Solidaritätsaktion der internationalen Arbeiterschaft endlich in Gang kommt. Geldsammlungen allein, so nützlich sie auch sind, reichen durchaus nicht. Es muß unbedingt verhindert werden, daß in Deutschland, Belgien, Frankreich usw. auch nur eine Tonne Kohle nach England gelangt. Für die nächsten Tage sind zwei wichtige Konferenzen in London angesetzt. Erstens eine neue Tagung der Bergarbeiter-Internationale und zweitens eine Zusammenkunft sämtlicher Gewerkschaftsvorstände Großbritanniens. Die Beschlüsse der beiden Konferenzen werden wesentlich dazu beitragen, welchen Ausgang der Riesenkampf der englischen Bergleute finden wird.

•

Die Regierung Briand ist nicht durch ein Mißtrauensvotum der französischen Kammer gefallen, sondern ganz im Gegenteil. Das Ministerium Briand trat zurück, weil es zu viele und zu zudringliche neue Freunde fand. Die Regierung Briand war formal immer noch eine Regierung jenes Linksblocks, der bei den Maiwahlen 1924 die Rechtsparteien geschlagen hatte. Aber die Mehrheit, mit der Briand regierte, fand er nur mit Hilfe des Nationalen Blocks des Herrn Poincaré. Die Sozialisten und ein großer Teil der Radikalen standen in Opposition. Die neu zu bildende französische Regierung wird sich den veränderten Mehrheitsverhältnissen der Kammer anzupassen haben. Es soll eine Regierung der sogenannten Nationalen Einheit werden, mit dem Zweck, den Franken zu retten, d. h. eine rein bürgerliche Kampfregierung um die Unkosten der Stabilisierung restlos dem Proletariat und dem Mittelstand aufzubürden, also ein französisches Seitenstück zu der Regierung Luther-Marx vom Jahre 1924.

•

Die tschechische Bourgeoisie ist zu allen möglichen Kunststücken genötigt, um die Macht in ihrem Staate aufrechtzuerhalten. Die tschechisch-nationale Koalition, die bisher das Prager Parlament beherrschte, wurde durch die Verschärfung des Klassenkampfes gesprengt. Die Zollwuchervorlage der tschechischen Kapitalisten und Agrarier erregte bei dem Proletariat eine solche Erbitterung, daß auch die reformsozialistischen Parteien mit in die Opposition gehen mußten. Die tschechische Bourgeoisie suchte und fand eine neue Parlamentsmehrheit mit Hilfe des nationalen „Feindes" mit den Stimmen der deutschen bürgerlichen Parteien. Für alle Fälle sucht aber die tschechische Bourgeoisie eine weitere Rückversicherung durch Anknüpfung neuer Verhandlungen mit den tschechischen Sozialdemokraten. Es ist klar, daß die tschechischen sozialistischen Führer der proletarischen Oppositionsfront nur ungern angehörten und daß sie jede Gelegenheit suchten, um den Kampf der Massen zu verraten. Aber trotzdem sind die Ereignisse der letzten Wochen von größter Bedeutung für die Weiterentwicklung der tschechoslowakischen Politik. Die nationale Hypnose, die noch bis vor kurzem breite Schichten des werktätigen Volkes gefangen hielt, ist vorüber. Kapital und Arbeit stehen sich nunmehr, unverhüllt durch nationalistische Verschleierungen, gegenüber.

Um ein Rechtskabinett in Frankreich

Verhandlungen mit Poincaré

Nachdem die kurze Mission Herriots gescheitert war und Briand wieder einmal mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, zeigte sich schon im Verlauf des gestrigen Tages, daß Briand nur schwer das neue Rechtskabinett zuwege bringen kann. Es finden fortwährend Verhandlungen zwischen Briand und Poincaré statt. Nach Meldungen aus Paris soll Poincaré erklärt haben, er werde es vorziehen, anstatt des Finanzministeriums ein anderes Ministerium zu übernehmen. Im allgemeinen aber ist Poincaré nicht abgeneigt, sich an der neuen Regierung zu beteiligen. Auch Briand wünscht unter allen Umständen, daß einige prominente Vertreter des Nationalen Blocks sich an der neuen Regierung beteiligen. Briand bleibt von dem Gedanken beherrscht, daß es heute darauf ankomme, eine starke Regierung zu bilden, der es möglich ist, die Finanzen Frankreichs zu retten. Während Herriot bei seiner Kabinettsbildung versuchte, noch einmal das Linkskartell aktionsfähig zu machen, treibt Briand immer stärker auf eine Rechtsdiktatur hin.

Die englische Hetze gegen Sowjet-Rußland

(WTB.) London, 20. Juni. In einer hier gehaltenen Rede über die Beziehungen zu Rußland führte Schatzkanzler Churchill aus, daß die Lage schwierig sei und aufmerksam überwacht werden müsse. Er wolle ein warnendes Wort an alle diejenigen hinzufügen, welche Rußland Kredite gewähren, da sie Gefahr laufen, „ihr Geld zu verlieren". Sie müßten verstehen, daß in diesem Falle der englische Staatsschatz unter keinen Umständen irgendeine Haftung für diese Verluste übernehmen könnte.

Wirtschaft

Auf dem Wege zur Entstaatlichung

Das deutsche Privatkapital verfolgt unbeirrt sein Ziel, die Staatsbetriebe, die ihm nichts anderes als eine unbequeme Konkurrenz darstellen, dem Staatsbesitz zu entreißen und zu Privatbesitz zu machen. Erst vor kurzem erreichte auf diesem Wege der Chemie-Trust die Kontrolle über die „Piesteritzer Stickstoffwerke". Nunmehr wird gemeldet, daß auch in der bayrischen Ordnungszelle die Uebergabe der Staatsbetriebe an das Privatkapital vorbereitet wird. Zu diesem Zweck werden die staatlichen bayrischen Hütten- und Salzwerke, die etwa insgesamt 600 Angestellte und Beamte und etwa 6000 Arbeiter beschäftigen, der staatlichen Verwaltung entzogen und in eine handelsrechtliche Gesellschaft umgewandelt. Die Aktien dieser Gesellschaft bleiben zwar (vorläufig) in Staatsbesitz. Aber nach den gemachten Erfahrungen dienen diese Umwandlungen von Staatsbetrieben zu Aktiengesellschaften privaten Rechts stets dazu, dem Privatkapital erhöhten Einfluß, Kontrolle oder sogar Besitzrecht einzuräumen.

Die Arbeiterschaft muß demgegenüber darauf dringen, daß eine Erweiterung der Kontroll- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte und der Gewerkschaften in den staatlichen oder staatseigenen Betrieben Platz greift, denn nur auf diesem Wege ist die Verschleuderung des aus Steuergroschen stammenden Staatsbesitzes an das private Ausbeutertum zu verhindern.

Lohnabbau

Die „Knorr-Bremse" in Berlin reduziert die Akkordlöhne um 7 bis 10 Pf. Daß es sich hierbei um einen Unternehmervorstoß handelt, der nach einem gemeinsamen großzügigen Plan erfolgt, geht schon aus der Begründung des Lohnabbaues hervor. Hierfür wird nämlich nicht mangelnde Rentabilität oder ungenügender Absatz angeführt, sondern lediglich die Tatsache, daß andere Betriebe die Löhne auch abgebaut hätten.

In der „Jute-Spinnerei" in Hadburg wurden nur Lohnreduzierungen vorgenommen. Geübte Weberinnen verdienen jetzt einen Wochenlohn von 10,80 bis herunter zu 5 Mk.

Der Schiedsspruch für die Metalltransportarbeiter in Berlin wurde von den Unternehmern abgelehnt. Der Metallarbeiterverband beantragte die verbindliche Erklärung.

Eine Mitgliederversammlung der Essener Bauarbeiter verlangte vom Hauptvorstand eine sofortige Kündigung des Lohnabkommens und die Aufnahme des Kampfes.

Die Angestellten der bayrischen Metallindustrie beschlossen, einen Abwehrkampf gegen den von den Unternehmerverbänden beschlossenen radikalen Abbau ihrer Gehälter zu organisieren.

Diese Nachrichten geben ein Durchschnittsbild von dem gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung in Deutschland. Sie zeigen, daß die Unternehmeroffensive anhält, sie lassen aber auch zugleich erkennen, daß in den Arbeitermassen die Einsicht und die Notwendigkeit einer sofortigen Abwehr wächst. Aufgabe der klassenbewußten Arbeiter in den Gewerkschaften ist, diesen Stimmungen in der Arbeiterschaft einen klaren Ausdruck zu geben, indem sie eintreten für eine Zusammenfassung der Wirtschaftskämpfe und für eine aktive Gegenwehr der Gewerkschaften.

Vor neuen Wucherzöllen

Als im Sommer 1925 die neuen Zollsätze beraten wurden, die eine maßlose Bewucherung der Massen zur Folge haben mußten, ging ein Sturm der Empörung durch das werktätige Volk. Um die Massen zu verwirren, erklärte damals die Regierung, daß die bewilligten Lebensmittelzölle zu nicht in Erscheinung treten sollten, sondern daß sie gewissermaßen ein Kompensationsobjekt darstellen, um von denjenigen Ländern, die an der Getreideeinfuhr nach Deutschland interessiert sind, Zugeständnisse zu erreichen. Man versprach gegen günstige Handelsverträge die Lebensmittelzölle gegenüber diesen Ländern zu senken. Ja, um die Bevölkerung einzuschläfern, setzte die Regierung die volle Durchführung der Industriezölle sogar bis zum 1. August 1926 aus, erst von diesem Tage an sollten die Lebensmittelzölle in vollem Umfange Geltung haben.

Seit diesen Beratungen, seit den Regierungsversprechungen ist nunmehr ein Jahr verflossen. Der 1. August steht bald vor der Tür. Handelsverträge sind überhaupt nur in geringem Umfange zustandegekommen; aber selbst die Handelsverträge, die zum Abschluß kamen, bringen nicht die von der Regierung versprochenen Zollermäßigungen, so daß damit zu rechnen ist, daß am 1. August die neuen Zollsätze tatsächlich in Kraft treten. Welche Folgen das für die arbeitende Bevölkerung haben wird, ist nicht schwer einzusehen: Ergeben doch die in Aussicht genommenen Zollsätze gegenüber den heute geltenden eine Erhöhung der Getreidezölle um 100 Prozent, der Viehzölle um 25 Prozent, der Fleischzölle um 33⅓ Prozent, der Schweinespeck- und Schmalzzölle um 50 Prozent. Entsprechende bedeutende Preissteigerungen nach dem 1. August würden die Folge der Durchführung der im Vorjahre vom Reichstag beschlossenen sogenannten „autonomen Zollsätze" sein. Bereits bei der Einführung der ermäßigten Schutzzölle im Sommer vorigen Jahres bekam die Arbeiterschaft deren Wirkungen in Form sinkender Reallöhne deutlich genug zu spüren. Und das bei einer relativ günstigen Konjunktur. Welche Auswirkungen die Preissteigerung der Lebensmittel in der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit und der Lohnabbauoffensive haben werden, ist unschwer auszudenken. Die Arbeiterschaft muß sich beizeiten zur Abwehr rüsten, die Gewerkschaften müssen ihre Kräfte zusammenfassen, Bündnisse schließen, um die Aushungerungsoffensive der vereinigten Junker und Großkapitalisten abwehren zu können.

Neues vom Tage

Speisevergiftungserscheinungen bei der Reichswehr

Bei den mit Speisevergiftungserscheinungen in das Standortlazarett München aufgenommenen 43 Unteroffizieren und Mannschaften der Fahrabteilung 7 und der Minenwerferkompanie des 19. Infanterieregiments hat die bakteriologische Untersuchung in drei Fällen Paratyphus ergeben. Außer dem bereits mitgeteilten einem Todesopfer sind keine weiteren Todesfälle eingetreten.

80 Personen an Fleischvergiftung erkrankt

Im Laufe des gestrigen und des heutigen Tages sind in Kalkberge-Rüdersdorf bei Berlin 80 Personen an schwerer Fleischvergiftung erkrankt, die sie sich durch den Genuß von Schabefleisch zugezogen haben. Das Fleisch stammt aus einer Schlachterei in Kalkberge, die es in Berlin gekauft hatte. Die Schlachterei ist vorläufig von der Polizei geschlossen worden. Fünf besonders schwer erkrankte Personen mußten ins Krankenhaus transportiert werden, da bei ihnen Lebensgefahr besteht.

Der niederschlesische Bergbau durch Hochwasser gefährdet

Infolge des Hochwassers der Oder sind große Wassermengen in die Untergebiete des niederschlesischen Bergbaues eingedrungen, und haben teilweise ernste Betriebsstörungen hervorgerufen. Dem „Berl. Tageblatt" zufolge müssen bis zur Beseitigung der Wassermengen Feierschichten eingelegt werden. Von dieser Maßnahme sind die gesamten Fürstenstein er Gruben betroffen worden.

Eisenbahnkatastrophe in Frankreich

Aus Paris wird gedrahtet, daß jetzt nähere Einzelheiten über die entsetzliche Eisenbahnkatastrophe vorliegen, die sich am Sonntag ereignet hat. Der Eilzug Paris—Bordeaux entgleiste — vermutlich infolge Weichenversehens — in der Nähe von Tours. Ob die ursprünglich gemeldete Zahl der Toten von sieben ausreicht, bedarf noch der Bestätigung. Die Zahl der Verletzten ist außerordentlich hoch, zwischen 30 und 40. Der Zug wurde in drei Teile zerrissen. Der vordere Teil stürzte mit der Lokomotive eine sieben Meter hohe Böschung hinab. Die Insassen des ersten Personenwagens und des Packwagens wurden teilweise zerquetscht. Die übrigen Wagen schlugen um und liegen zum Teil über der Böschung, zum Teil stürzten sie ab.

25292 Unglücksfälle im mitteldeutschen Bergbau

142 Todesfälle — An jedem Arbeitstag 84 Unfälle

Die Knappschaftsberufsgenossenschaft, Sektion 4, die Knappschaftsoberversicherungsämter Halle und Clausthal umfaßt, hat einen Bericht über die Zahl der Unfälle im Jahre 1925 herausgegeben, dem wir folgende Tatsachen entnehmen:

Die Gesamtziffer der Unglücksfälle im Jahre 1925 beträgt 25279, das macht bei 300 Arbeitstagen im Jahre 41 Unfälle für einen Tag. Diese Ziffern erhöhen sich jedoch um ein Wesentliches, wenn man an anderer Stelle des Berichts liest, daß das Berichtsjahr im Jahre 1925 bei 25292 Verletzten überschritten wurde, das würde an einem Arbeitstag 84 Unfälle ausmachen. Es wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Objektivität der bürgerlichen Presse, so z. B. der „Allgemeinen Zeitung für Mitteldeutschland", wenn diese letzteren Zahlen nur an ganz unauffälliger Stelle bringt, aber die niedrige Ziffer von 12279 in die Ueberschrift eines Artikels übernimmt. Nur in 1306 Fällen wurde ein Anspruch auf Entschädigung festgestellt. Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle beträgt u. a. im Erzbergbau 185, im Braunkohlenbergbau 868, im Salzbergbau und den Salinen 237. Die tödlich verlaufenen Unfälle erfuhren im allgemeinen eine Steigerung und betrugen im Braunkohlenbergbau 97, im Erzbergbau 19, im Salzbergbau 26.

Mittel zur Verhütung von Unglücksfällen erblickt der Bericht im Aushang von Unfallverhütungsvorschriften und Auszügen derselben im Buchform an die einzelnen Bergarbeiter. Des weiteren sollen Unfallverhütungsbilder zum Aushang gebracht werden.

Entsprechend dieser Auffassung sieht der Bericht die Ursache der Unfälle allein in der mangelnden Beobachtung obiger Vorschriften durch die Verschterten. 29,3 Prozent der entschädigten Unfälle (1306) sind angeblich durch Schuld der Verletzten selbst herbeigeführt. Nur 2,3 Prozent der Fälle beruhen auf Mängel des Betriebes. Aber 65,2 Prozent wurden verursacht durch die Gefährlichkeit des Betriebes.

Bei diesem letzten Punkt muß man schon etwas länger verweilen, keine ganze Bedeutung zu erfassen. Wenn rund ⅔ der Unfälle die Gefährlichkeit des Betriebes zurückgeführt werden, so ist es der sprechendste Ausdruck für die sich mehr und mehr verschärfenden Ausbeutungsmethoden. In der Gefährlichkeit eines Betriebes allein kann niemals der Grund für eine dauernd hohe Unfallziffer zu suchen sein, die Sache ist vielmehr die, daß Betriebe nur völlig ungenügende Sicherheitseinrichtungen vorhanden sind und andererseits durch Akkordarbeit, übertlange Arbeitszeit und körperliche Erschöpfung der Arbeiter nicht mehr in der Lage ist, die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen aufmerksam zu beachten. Des weiteren müßten in gefährlichen Betrieben die Sicherheitsvorrichtungen derart sein, daß diese Gefährlichkeit auf ein Minimum herabgedrückt wird. Wirklich umfassende Sicherheitsmaßnahmen durchzuführen und die Möglichkeit der Beachtung derselben wird aber erst dann Tatsache werden, wenn auf den Bergwerken die Kontrolle der Sicherheitsmaßnahmen in die Hände von selbstgewählten Kontrollorganen der Arbeiterschaft gelegt ist. Fest steht demnach, daß Mängel des Betriebes nur in solch geringem Umfange als Unfallursache herangezogen werden können, weil die Mängel der einzelnen Betriebe unter den Begriff Gefährlichkeit des Betriebes aufgeführt und somit nicht erkennbar sind.

Es wäre müßig, Einzelbeispiele für die Vernachlässigung der Sicherheitsmaßnahmen seitens der einzelnen Unternehmer anzuführen, es sei nur an die Katastrophe auf der Grube Alwine erinnert. Im Interesse der Steigerung der Dividende, des Profits, machen einerseits die Unternehmer nur geringe Ausgaben zur Sicherung des Betriebes vor Katastrophen und zwingen auf der anderen Seite die Belegschaften noch, die vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen zu unterlassen, um nur in der Lage zu sein, in der vorgeschriebenen Zeit eine festimmte Arbeit verrichten zu können.

Es ist an Hand der Statistik nicht festzustellen, in welchem Verhältnis die Zahl der Unfälle zur Zahl der Bergarbeiter überhaupt steht. Durch das Verschweigen der Belegschaftsziffer will man den Eindruck erwecken, als sei nur ein geringer Teil der Bergleute in den Kreis der Verunglückten einzubeziehen. An anderer Stelle stellt der Bericht jedoch fest, daß auf je 100 Arbeiter ungefähr zwei Krankenpfleger in den Betrieben entfallen. Die Gesamtzahl der Krankenpfleger soll 2226 betragen, demnach müßten also in den Bergbaugebieten, auf welche sich diese Untersuchung der Knappschaftsberufsgenossenschaft bezieht, ca. 111 300 Bergleute beschäftigt sein. Das würde aber bedeuten, daß jeder vierte und fünfte Bergmann im Jahre 1925 verunglückt ist.

Das einzige Gut, welches der Bergmann besitzt, ist seine Arbeitskraft, die er, seiner selbst und seiner Familie wegen, sich bemühen muß, zu schonen und zu erhalten. Durch Unfälle, seien sie auch noch so geringfügiger Natur, tritt aber fast immer über kurz oder lang eine Minderung der Arbeitskraft ein. Die wachsende Ausbeutung gerade im Bergbau sollte jeden Bergarbeiter zeigen, wohin die Entwicklung gehen muß. Ist heute nur jeder vierte Bergmann, so sind morgen alle Bergleute in der dauernden Gefahr, Einbuße an ihrer Gesundheit, an ihrer Arbeitskraft zu erleiden. Deshalb, ehe es zu spät ist, sollten alle Bergarbeiter die Zeichen der Zeit erkennen und den Kampf gegen die steigenden Unfallziffern aufnehmen als Kampf gegen die sich verschärfende Ausbeutung, gegen die kapitalistische Rationalisierung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260622-13/fragment/page=0003

Sonntag, den 4. Juli 1926, in sämtlichen Räumen des „Volkspark“:

Internationaler genossenschaftlicher Jahrestag

Mittags 1 Uhr: **Demonstrations-Umzug** — Anschließend: **Genossenschaftsfest**

Walhalla

8 Uhr Tel. 8385

Der große Schlager!

Uebern großen Teich

Volksoperette in 4 Akten von
*2348 A. Philipp mit

Rudolf Mälzer
und
Anna Müller-Lincke

40 Mitwirkende 40

Gänzlich neue Ausstattung!

Tageskasse ab 11 Uhr ununterbroch.

Thalia-Säle

2340

Heute, Dienstag, zum 1. Male:

Das gewaltigste Filmwerk aller Zeiten

Schon seit langem weiß man von diesem Film, immer wieder wurde von ihm gesprochen — wann kommt dieser Film nach Halle — kommt er überhaupt — viel Lob und Ruhm ging ihm voraus. Der Film gibt ein getreues Bild von historischen Ereignissen.

Es wird keinem Besucher nach Besichtigung dieses Films zumute sein, als habe er ein Lichtspieltheater besucht. Sondern: er habe ein neues und unvergängliches Werk gesehen. Etwas Echtes und Großes. Darstellende Kunst, bisher ohne Nachwelt, erlangt hier zum ersten Male die ganze Verewigung! Ist es ein revolutionärer Stoff? Nicht mehr als im „Wilhelm Tell“ oder in „Fidelio“. Eine Grenze hat Tyrannenmacht . . . Und dies ist die aktenmäßige Darstellung einer geschichtlichen Begebenheit, die zu ihrer Zeit „Aufsehen erregte“. Im Film ist sie wiedergegeben mit einer Nähe und Wärme, Weite und Breite, Genauigkeit und Gestaltungswucht, daß einem mehrere Male der Herzschlag stockt

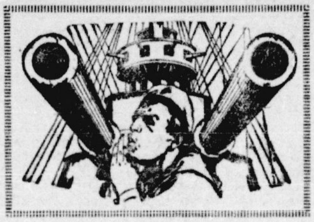
Panzerkreuzer Potemkin

Die Meuterei

auf dem Schlachtschiff Potemkin der russischen

Schwarzen-Meer-Flotte

v. Odessa im Juni 1905



In diesem Film gibt es keine „Stars“. Er ist eine Kollektivarbeit der Mitglieder des in der ganzen Welt berühmten Moskauer Künstler-Theaters unter Mitwirkung der gesamten russischen Schwarz.-Meer-Flotte

Der Stoff zu diesem Filmwerk ist einem Protokoll entnommen, das im Archiv der kaiserlich-russischen Marine gefunden und an Hand von Originalphotographien aus dem Moskauer historischen Museum — getreu nach der Ueberlieferung — für den Film bearbeitet wurde.

Der Film ist ein Wunderwerk — ein Wunder!

sagt Alfred Kerr im „Berliner Tageblatt“

Ein Riesen-Orchester wird dieses Werk in bisher noch nicht gehörter Weise musikalisch illustrieren

Mit der Berliner Uraufführungsmusik von Edmund Meisel

Anfang wochentags 4½ Uhr

Stadt-Theater

Heute Dienstag, 8 Uhr:
„Der Sturm“
Mittwoch 8 Uhr
Beatrice u. Benedict
hierauf
Gianni Schicchi

Autopapiere
und Geldtasche mit Inh. 19. 6. verloren. Um gefl. Zusendung der Pap. ohne Abs. wird gebeten
Otto Weidardt
Albrechtstraße 44

---

30 pa. kleine und ganz große hannov.
Futterschweine
billig zu verkaufen
Gebr. Kohlberg
Kannische Straße 19

Stube, 2 kl. Kammern in Bruckdorf gegen Wohnung in Halle z. tauschen gesucht. Offert. unter 2342 a. d. Verlag

---

Programme

sowie alle Vereinsdrucksachen liefert die Produktiv-Genossenschaft, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14.

Ansichtspostkarten
empfiehlt
Volksbuchhandlung

Von Mittwoch mittag an steht ein frischer Transport **prima hannoverscher**

Ferkel, Läufer- u. Futterschweine
sehr billig zum Verkauf *2347
H. Richter, Trothaer Str. 80, Tel. 3752

Erklärung!

Die Verleumdung unserer werten Kundschaft gegenüber, welche sich die Milchverkäuferin Frau Schumann, Ammendorf, bedient hat, erklären wir hiermit für unwahr und werden gegen selbige gerichtlich vorgehen. 2341

Gottl. Kussek u. Frau

Film-Palast Weißenfels

Ab heute, den 22. Juni bis Donnerstag, den 24. Juni:

Nur 3 Tage! Nur 3 Tage!

Das große Doppelprogramm

Die Talfahrt des Severin Hoyer

Drama in 5 Akten

2. Schlager: 746

Um Gold und Frauen

6 Akte

Ein Abenteurerfilm voller Spannung

Nicht versäumen! Nicht versäumen!

Beginn 7 und 9 Uhr

Bekanntmachung

Wegen Ausführung von Reparaturarbeiten an der Ratswage auf dem Klosterplatze bleibt diese auf einige Tage für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Eisleben, den 21. Juni 1926

*2343 **Der Magistrat**

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 8237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Ammendorf. Erweiterte Vorstandssitzung Dienstag, 22. Juni, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen“.
Ammendorf. Sitzung der Gemeindevertreterfraktion am Mittwoch, 23. Juni, abends 7 Uhr.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S.
Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Mittwoch, 7 Uhr, Spiele auf der Heide. Bringt Eure Bekannten mit.
Donnerstag ½8 Uhr, im „Volkspark“ Diskussionsabend für die Funktionäre und älteren Genossen.
Freitag Gruppenabende mit dem Thema: Politische Situation nach dem Volksentscheid.
Gruppe Süd ½8 Uhr Produktiv-Genossenschaft.
Gruppe Nord ½8 Uhr „Volkspark“.
Ammendorf. Mittwoch, 23. Juni, Funktionärsitzung im Restaurant „Zur Post“, Anfang 7 Uhr.
Nodelwitz. Mittwoch, 23. Juni, Spiel- und Liederabend.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Mittwoch, 23. Juni, Vortrag über Eugen Leviné.

Unterbezirk Bitterfeld

Alle Ortsgruppen in der Umgegend von Bitterfeld nehmen am Mittwochabend in Bitterfeld an der Jungarbeiterschule teil. Referent Genosse Fritz. Thema: Der Staat.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Donnerstag, den 24. Juni, Treffen der Ortsgruppen Delitzsch, Zschortau und Schladitz im Gasthof Sonntag, Zschortau. Instrumente mitbringen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Von jetzt an werden die Beiträge in den Gruppenabenden abgeliefert. In Zukunft beginnen unsere Veranstaltungen um ½8 Uhr. Alle Mitglieder müssen sich hiernach richten.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Bezirk Halle-Merseburg

Pioniere, spart für Eure Ferienwanderungen. Einzahlungen beim Leiter.
Heute, Dienstag, um 6 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Appell des Spielmannszuges. Nichterscheinen wird mit Entziehung des Instrumentes geahnt. Aeltere Mitglieder, die in den Spielmannszug eingereiht werden wollen, treffen sich zur gleichen Zeit.
Dienstag, nachmittags 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Versammlung des Bezirks.
Mittwoch, 5 Uhr, im „Volkspark“ tritt der gesamte Spielmannszug zum Ausmarsch an. Um 10 Uhr wieder zurück.
Mittwoch, nachmittags 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Versammlung der Bezirke 2 und 3.
Donnerstag um 6 Uhr auf dem Sandanger Uebungsstunde des Spielmannszuges.
Ammendorf. Dienstag, ½5 Uhr, Versammlung im Heim.
Freitag, ½5 Uhr, Treffen im Heim zu Volkstänzen.
Zeitz. Dienstag, 22. Juni, Vortrag über Marokko. Referent Gutjahr.
Zeitz. Dienstag, 22. Juni, Treffen am Jugendheim ½6 Uhr. Alles ausgegebene Material, Zeitungen abrechnen.
Freitag, ½6 Uhr, Treffen am Jugendheim, Badeanzug mitbringen.

Achtung! Achtung!

Arbeiter v. Zeitz u. Umg.

Mittwoch, den 23. Juli, abends 8 Uhr, spricht im **„Schützenhaus“** der Genosse Kipping über: 745

Die Studienreise in Sowjet-Rußland

Arbeiter und Arbeiterinnen erscheint in Massen, holt Euch Aufklärung

Internationaler Bund Opfer des Krieges und der Arbeit

Die Volksbuchhandlung Wittenberg

Jüdenstraße 19
empfiehlt politische und schöngeistige

Literatur

Sämtliche

Schul- und Schreibwaren

Außerdem 64
werden sämtliche Aufträge an

Drucksachen und Inserate

entgegengenommen

Modezeitungen

empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

„Roter Frontkämpfer-Bund“

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner. Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.
Das Mitgliedsbuch Nr. 4388, lautend auf den Namen Paul Wüsthoff, wohnhaft zu Artern, ist verlorengegangen. Wir bitten dies zu beachten.
Wegen Kassenrevision bleibt das Bureau am Donnerstag, 24. Juni, geschlossen.

Untergau Halle-Saalkreis

Bezirk 3 (Westen). Dienstag, 22. Juni, abends 8 Uhr, außerordentliche Bezirksversammlung in der Produktiv-Genossenschaft. Alles muß restlos erscheinen.
Nietleben. Freitag, 25. Juni, abends 8 Uhr, in der „Sonne“ Mitgliederversammlung. Bücher mitbringen.

Untergau Sangerhausen

Der gesamte Untergau beteiligt sich am Gautreffen in Artern. Alle anderen Veranstaltungen finden nicht statt.
Artern. Sonnabend, 26. Juni, pünktlich ¼4 Uhr, Abmarsch vom „Schützenhaus“ nach dem Bahnhof zum Empfang der Dürrenberger Kameraden. Alle erwerbslosen Kameraden haben sich jeden Tag zwecks Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Untergau Eilenburg

Eilenburg. Dienstag, 22. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal zur „Rose“ Untergauleitungssitzung. Wichtige Tagesordnung. Werbebezirksleiter, Ortsgruppenleiter und Jungfrontleiter müssen unbedingt daran teilnehmen.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Spielmannszug. Ueben findet jeden Dienstag und Freitag, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt.
Wittenberg. Dienstag, den 22. Juni, abends ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Funktionärsitzung.
Wittenberg. Mittwoch, den 23. Juni, Pflichtausmarsch. Antreten abends 7 Uhr am Gewerkschaftshaus.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Dienstag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus große Funktionärsitzung. Nur Funktionäre haben gegen Ausweis Zutritt.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

---

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Greppin. Freitag, 25. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung.
Muschwitz. Sonnabend, 26. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Kurt Mitgliederversamml.

Bekanntmachung

Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, dem 24. Juni, nachmittags 5 Uhr, und evtl. am Freitag, dem 25. Juni, nachm. 5 Uhr, im Stadtverordnetensitzungssaal des Rathauses.

Oeffentliche Sitzung

1. Mitteilungen.
2. Wahl eines Wohlfahrtspflegers für den 6. Bezirk.
3. Wahl eines Mitgliedes in den Gesamtschulausschuß für die höheren Lehranstalten.
4. Wahl eines Mitgliedes in die Musikkommission.
5. Neuwahl eines Schiedsmanns für den 4. Bezirk.
6. Wahl von zwei Mitgliedern in den Sonderausschuß beim Finanzamt.
7. Benennung der Parallelstraße zur Welckerstraße.
8. Fluchtlinienpläne für das Gelände
   a) zwischen Bismarck- und Rathenaustraße,
   b) zwischen Feld- und Rießestraße.
9. Beschaffung eines Müllabladeplatzes.
10. Errichtung einer neuen Transformatorenstation.
11. Erweiterung der Maschinenanlage im städtischen Schlachthofe.
12. Bewilligung weiterer Mittel zur Aufstellung des Generalsiedlungsplans.
13. Aenderung der Bestimmungen des Elektrizitätswerks für die Zulassung von Installateuren.
14. Niederschlagung von Schulgeldresten für die Handelsschule.
15. Nachbewilligung von Mitteln für die Ruhegehaltskasse.
16. Kostenbewilligung für Beschaffung und Führung der Poststempel „Eisleben (Lutherstadt)“.
17. Bewilligung von Mitteln für die Beschäftigung von Junglehrern.
18. Aenderung der Ortssatzung über die Anstellung und Versorgung der Gemeindebeamten.
19. Haushaltspläne der städtischen Kassen für 1926 und Beschlußfassung über die für 1926/27 zu erhebenden Gemeindesteuern.

Geschlossene Sitzung

1. Kenntnisnahme von der Liste der niedergeschlagenen Forderungen.
2. Niederschlagung eines gewährten Vorschußbeitrages.
3. Abfindung von Wartegeldansprüchen eines früheren Beamten.
4. Versetzung eines Beamten in eine höhere Besoldungsgruppe.
5. Lebenslängliche Anstellung von Beamten.
6. Endgültige Anstellung einer Gewerbelehrerin.
7. Gewährung einer Entschädigung für doppelten Haushalt.
8. Erstattung der Umzugskosten an einen Studienrat.
9. Annahme eines Vermächtnisses.
10. Uebernahme einer Bürgschaft.

Eisleben, den 21. Juni 1926.

Der Stadtverordnetenvorsteher. gez. Mehlis

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein

Aus den Betrieben

ie Betriebszeitung, eine „Bombe" für die Herren Direktoren

„Hallo! Was ist denn bei uns los?" Die Kumpels waren ganz staunt und jeder fragte den anderen, ob er nicht wüßte, weshalb r Betriebsführer, der Obersteiger und deren Trabanten so aufgt im Betrieb umhersausten. „Da muß doch irgendwo eine mbe eingeschlagen haben", rief ein Kumpel seinem Nachbar zu. eser nickte verständnisinnig, zog seine Zeitung aus der Tasche und ach: „Hier hast Du die Bombe, die eingeschlagen hat." Es war Artikel: „Die Hetzer und roten Hunde müssen beseitigt werden." e Kapitalsknechte rannten wie von einer Tarantel gestochen her. Der Betriebsleiter des Thomaswerks war fuchsteufelswild. st ging er immer behäbig und bedächtig durch die Betriebe. er, als er den Artikel zu Gesicht bekommen hatte, war er plötzlich umgewandelt. Der alte Mann hatte plötzlich Feuer bekommen d an seinen Gesichtszügen konnte man die Aufregung erkennen. sgerechnet sein Betrieb mußte in der Zeitung stehen. In seinem rieb war also die „rote Seuche" ausgebrochen. Am liebsten e er sich wohl die Haare gerauft.

ach und nach sickerte es auch bei den Kumpels durch, was die che dieser Aufregung war. Jeder wollte den Artikel lesen. e freuten sich, daß sich endlich eine Zeitung gefunden hatte, die Zustände an den Pranger stellte.

Das hätte schon längst geschehen sollen,

örte man im allgemeinen die Kumpels reden. Anders hingegen r es in den heiligen Gemächern der Direktion. Da herrschte itterstimmung. Die Herren glaubten, alles wäre in schönster nung, und jetzt — jetzt stehen die Zustände schon in der komnistischen Presse. Der Teufel soll die rote Bande holen.

ie Herrschaften denken noch mit Schrecken an die Zeit von 1923, sie mit schlotternden Knien vor den Proleten standen. Ihr ror hat wohl vermocht, die Arbeiterschaft auf längere Zeit einüchtern, aber auf die Dauer läßt sich dieser Terror nicht auferhalten. Die revolutionären Energien lassen sich nicht ausen.

ie Kumpels werden sich erinnern, daß sie einst in den vordersten hen des revolutionären Proletariats standen und werden streben, n Platz wieder einzunehmen.

Wer macht es nach?

500 „Rote Fahnen" verkauft — Ein Werbemorgen vor den Siemens-Betrieben

m ¼5 Uhr sitze ich im Zuge, pünktlich um ½6 Uhr stehe ich am nhof Fürstenbrunn. Einige Genossen sind bereits da, die anderen men noch, insgesamt acht Mann. Etwas sehr wenig, um diesen enkonzern genügend mit „Roten Fahnen" zu belegen.

500 „Rote Fahnen" sind da. Eine ganze Beilagenseite: „Siemens ie „demokratische" Bruchbude". Wir alle haben etwas Zweifel, ir in dieser „demokratischen Bruchbude", in der wir sonst außer festen Abonnenten keine 100 Zeitungen verkaufen, diese Zahl ten werden. Aber nur Mut. Wir hängen uns die Reklametafe um, stellen uns auf den Hauptzugangsstraßen auf und tönt es: „Siemens-Nummer der Roten Fahne", „Einen chen das Stück!", „Die „Rote Fahne" über die Siemens-Bruch", „Die Siemens-Indianer in der „Roten Fahne" usw.

s ist erstaunlich, wie sich die Arbeiterschaft des Siemenszerns gewandelt hat. Die Zeitung geht fort wie warme mel. Höchstens im Kabelwerk geht sie etwas schlechter. Am ten reißen sich — die Angestellten um die „Rote Fahne". Selbst Meister kaufen. Einer geniert sich, sie auf der Straße zu nehmen schickt einen Jungen heraus, zehn Stück abzuholen. Ein Dutzend mens-Bruchbude". Sogar die Frauen schimpfen und kaufen. mmungserklärungen, als ich rufe: „Die „Rote Fahne" über die Mädchen gehen vorbei. Sie zögern. Nach 40 Metern kommt eine zurück und kauft doch noch ein Exemplar.

m 7 Uhr wird abgerechnet. Alle Exemplare verkauft. Ein sse trifft einen SPD.-Kollegen. „Na, Ihr habt uns ja heute ganze Geschäft verdorben!" Trotz Massenreklame hat die SPD. s über 100 Exemplare verkauft.

Was sagen die Arbeiter zum Abstimmungsergebnis?

der Arbeiterkorrespondent muß in den nächsten Tagen hten, wie die Betriebskollegen über den Ausgang des sentscheids diskutieren. Es muß schnell berichtet werden, Klarheit schaffen zu können, weil jeder Arbeiter fragt:

Was ist zu tun?

Außerdem wird uns noch mitgeteilt: Die Siemens-Nummer der „Roten Fahne" hat wie eine Bombe auch in den leitenden Kreisen des Siemens-Konzerns eingeschlagen. Der Aufsichtsrat im Verwaltungsgebäude bestellte bei den RFB.-Kameraden 20 „Rote Fahnen", noch heute zu liefern. Ein Direktor vom Wernerwerk schickte seinen Laufburschen mit 15 Pf. herunter, ihm eine „Rote Fahne" zu besorgen. Friedrich Siemens schickte seinen Chauffeur zu den RFB.-Genossen, wo er gegen Quittung eine „Rote Fahne" holte. Später brachte der Chauffeur persönlich 50 Pf. dafür. Sehr nobel.

Arbeiter in Mitteldeutschland, die Ihr auf dem Leunawerk, auf dem Schacht, bei der Mansfeld A.-G. und an anderen Orten schuftet, solltet Ihr nicht auch den „Klassenkampf" in dieser Weise vertreiben können?

Wie Arbeiter um ihr Feriengeld betrogen werden

(Arbeiterkorrespondenz)

Bei der Firma Böhme haben sich in den letzten Monaten allerlei kleine nette Sachen ereignet, die es wert sind, daß wir sie der gesamten Arbeiterschaft unterbreiten. Vor dem Antritt des Formermeisters Gähricke herrschten in diesem Betrieb noch einigermaßen annehmbare Arbeitsverhältnisse. Dieses änderte sich, als dieser ausgesprochene Unternehmerknecht den Betrieb betrat. All sein Schmeicheln nach oben und seine Brutalität nach unten haben jedoch nicht verhindern können, daß er innerhalb des einen Jahres, wo er seine Tätigkeit als Meister ausübte, **den Betrieb bis nahe an den Abgrund brachte.** Auch daß er sich seine ganze Verwandtschaft in den Betrieb hineingeholt hat, so daß die halbe Belegschaft letzten Endes aus lauter Onkels und Vettern von ihm bestand, hat diese Entwicklung nicht aufhalten können. Als die Dinge weit genug gediehen waren, mußte Meister Gähricke mitsamt seiner ganzen Verwandtschaft Knall und Fall entlassen werden.

Aus dieser Maßnahme gegenüber einem unfähigen Meister darf man aber noch nicht schließen, daß Herr Böhme besonders arbeiterfreundlich eingestellt ist. Im Gegenteil. Herr Böhme ist nur ein Unternehmer wie alle anderen auch und versucht aus der größtmöglichsten Ausbeutung seiner Arbeiter für sich einen großen Profit herauszuholen. Ein treffendes Beispiel für den Ausbeuterstandpunkt des Herrn Böhme ist seine Stellung zur Bezahlung der Ferientage. **Drei Klagen mußten die Kollegen erst anstrengen, um diesen Unternehmer zur Bezahlung der Ferientage zu zwingen.** Wenn jetzt allerdings die Kollegen ihr Feriengeld verlangen, so erklärt Herr Böhme glatt und frech, er habe kein Geld. Die Krone setzt aber allem Folgendes auf. Herr Böhme ist dazu übergegangen und hat die tägliche Arbeitszeit auf sechs Stunden herabgesetzt. Hierfür lag absolut keine Notwendigkeit vor, denn der Betrieb war vollauf beschäftigt. Was Herr Böhme jedoch damit bezweckt? **Er will,** wie er selber sagt, **auch die Ferientage nur mit sechs Stunden täglich berechnen, anstatt der üblichen acht Stunden.**

In diesen Maßnahmen äußert sich so richtig das vielgepriesene „soziale" Empfinden der Kapitalisten. Dem Arbeiter versucht man auf allen Ecken und Enden etwas abzuzwacken, aber an einer anderen Stelle da will man mit vollen Händen geben. Gerade diese Ausbeuter setzen sich am eifrigsten für die Fürstenabfindung ein, natürlich einfach aus dem Grunde, weil sie selber nicht die Leidtragenden dabei sein werden, sondern ebenfalls nur wieder die werktätige Bevölkerung. Wir als Arbeiter können daraus nur einen Schluß ziehen, nämlich den, daß wir den Kampf aufnehmen gegen unsere Enteignung und völlige Versklavung und daß wir uns einsetzen für die Enteignung der davongelaufenen Fürsten.

Was alles auf dem Wolfsschacht möglich ist

(Arbeiterkorrespondenz)

Schon des öfteren haben wir uns mit den Ausbeutungsmethoden bei der Mansfeld A.-G. beschäftigen müssen. Wenn Unternehmer zur Sicherung ihres Profites, zur verschärften Ausbeutung ihrer Arbeiter übergehen, so ist dieses immerhin verständlich. Beschämend aber ist es, wenn Beamte, die doch auch nur Proletarier sind, sich dem Unternehmertum gegenüber als Lakaien und den Arbeitern gegenüber als Machthaber aufspielen. Dieses Verhalten großer Teile der Beamten ist ein Zeichen mangelnden Klassenbewußtseins, und es erwächst der revolutionären Arbeiterschaft die große Aufgabe, auch hier eine Bresche zu schlagen und diese Teile des Proletariats zur Klassenfront herüberzuziehen. Diese Aufgabe entbindet aber nicht von der Pflicht, krasse Beispiele solchen Beamtendünkels der gesamten Arbeiterschaft zu unterbreiten, was hiermit geschehen soll.

Da ist u. a. der Schreiber Kühne in der Registratur, der denkt, daß er den großen Mann markieren kann. Ein 15jähriger Junge, der auf dem Platz beschäftigt ist (auf dem Platz werden nur die schwächeren und nach einer Krankheit erholungsbedürftigen Arbeiter beschäftigt), hatte einmal den Auftrag erhalten, die Schuhe für die Herren Beamten zu putzen. Dieses tat er denn auch. An Herrn Kühnes Schuh war ein Schnürsenkel entzwei. Der Junge zog deshalb einen neuen Senkel ein und legte den alten in den Schuh. Kühne rief nun den Jungen, er solle die Schuhe bringen. Beim Anziehen bemerkte er jedoch nicht den hineingelegten Senkel, und erst als er mit dem Fuß auftrat, drückte ihn derselbe. Da geht doch dieser Herr wirklich dazu über, zieht den Schuh aus und wirft ihn den Jungen an den Kopf. Wenn der Junge zu einem Arzt gegangen wäre, würde es dem großen Herrn Kühne wohl noch teuer zu stehen gekommen sein.

Ein anderes Beispiel. Der Fahrsteiger Huth hat die Förderung unter sich. Er ist ein strammer Stahlhelmer. Zwei Sportgenossen, welche an dem Reichs-Arbeiter-Sporttag am 6. Juni in Wolferode teilnehmen und deshalb am Sonnabend vorher sich für die Montag-Frühschicht freiholen wollten, verweigerte er rundweg diesen Urlaub. Die zwei Arbeitersportler sollten sich diese ausgefallene Schicht von ihrem tarifmäßigen Urlaub abziehen lassen. Wenn jedoch Stahlhelmer, Jungdo-Leute oder Wehrwölfe abends in vaterländische Versammlungen gehen wollen, dann wird ihnen sofort die Erlaubnis erteilt, früher aufzufahren. Herr Huth konnte aber seinen Willen diesmal doch nicht durchsetzen. Durch energischen Einspruch beim Obersteiger wurde den beiden Sportgenossen der Urlaub doch noch gewährt.

Noch ein kleiner Beitrag. Der Fahrsteiger Haupt erklärte neulich einer Kameradschaft, bei welcher der Treckejunge fehlte und wo deshalb die Kameradschaft einen anderen Jungen verlangte, **die Kameradschaft solle ihren Schiefer und die Berge selber vertrecken, und wenn sie das nicht wollten, sollten sie nach Hause gehen.** Bei der Kameradschaft waren alles schon ältere Knappen beschäftigt. Man stelle sich einmal vor, welche Zumutung von diesem Menschen es ist, zu verlangen, daß die alten Leute in der Fahrstrecke von einem Meter Höhe ihre Hunde selber vertrecken sollten.

Solche Dinge könnten wir noch viel aus unserem Betrieb berichten. Aber es mag für diesmal genug sein. Die Mißstände werden aber nicht verschwinden, wenn die Arbeiterschaft tatenlos beiseite steht und sich alles gefallen läßt. Die Mansfelder Arbeiter sollen sich einmal der Tage erinnern, wo sie in vorderster Reihe des revolutionären Proletariats standen. Diesen Platz gilt es wieder zu erobern, ein jeder Kumpel muß sich freigewerkschaftlich organisieren. Die bürgerliche Presse muß aus dem Hause entfernt werden und der „Klassenkampf" muß wirklich von allen Arbeitern gelesen werden.

Nur das geschlossene Zusammenstehen der gesamten Arbeiterschaft wird die Herbeiführung anderer Zustände ermöglichen. Kameraden, laßt uns den englischen Brüdern nacheifern.

Prämien für die Aktionäre — und für die Arbeiter?

(Arbeiterkorrespondenz)

Eine lebhafte Diskussion unter der Arbeiterschaft der Filmfabrik Wolfen löste die Werbenummer „Chemie" des „Klassenkampf" aus. Die Kollegen sprachen sich lebhaft über die Löhne der Chemieproleten und über die Profite der Herren Aktionäre aus. Jetzt kam erst so richtig jedem Arbeiter zum Bewußtsein, in welch schreiendem Mißverhältnis sein Lohn zu dem „Lohn" eines Aktionärs steht. Besonders ausgiebig unterhielten sich die Kollegen über den Schwindel der Prämienzahlung. Trotz aller Mehrleistungen und der hohen Ausbeute der Fabrikation ist nämlich nichts von einer Prämie zu merken. Wie um die Arbeiterschaft zu verhöhnen, bringt die Direktion am Wochenschluß einen Aushang heraus: „Diese Woche gelangt keine Prämie zur Auszahlung."

Was gedenken die Kollegen jedoch praktisch zu unternehmen? Es genügt nicht, daß nur diskutiert wird, sondern es muß gehandelt werden. Der einzelne ist machtlos, deshalb müssen die Kollegen sich nicht nur über die Organisation unterhalten, sondern auch den Mut aufbringen, sich freigewerkschaftlich zu organisieren. Die freigewerkschaftliche Organisation ist der einzige Ausweg aus unserem Elend, ihn zu beschreiten dürfen auch kleine finanzielle Opfer nicht gescheut werden. Kollegen, schimpft nicht nur, sondern handelt und bildet die rote Einheitsfront!

Jeder Betriebsrat hat am 1. Juli

bereits den „Arbeiterrat" beim nächsten Postamt bestellt. Wer noch nicht Abonnent ist, gehe sofort zur Post, denn am Monatsschluß hat die Post

alle Hände voll zu tun.

Abonnementspreis vierteljährlich 50 Pf. Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin SW 61, Planufer 17.

arum reisen Arbeiterdelegationen nach Sowjet-Rußland?*)

Sozialismus oder Kapitalismus

as für eine Wirtschaft baut die Arbeiterklasse der USSR.? e sozialistische sagen wir. Die internationale Sozialdemokratie reitet dies. Sie sagt, der Sozialismus in Rußland hat Bankrott acht, Rußland steigt nur in dem Maße auf, als es dem Privattal die Hände löst. Sozialismus oder Kapitalismus? Das ist jeden Delegierten interessierende Problem. In dem Aufrufe tschechoslowakischen Delegation heißt es:

„Das Wirtschaftsleben in der Sowjetunion entwickelt sich in fsteigender Linie, gleichzeitig wächst auch der Wohlstand der Werktätigen. Die Sowjetwirtschaft ist noch nicht eine vollkommen zialistische Wirtschaft, obgleich viele Branchen sich in bedeutenm Maße sozialistischen Formen genähert haben. Als Ganzes trachtet, ist die Sowjetwirtschaft eine Uebergangsstufe zur reinen zialistischen Planwirtschaft." („Trud" vom 7. November 1925.)

„Die von Euch in kurzer Zeit erreichten Erfolge zwingen nicht ur die deutsche Delegation, sondern auch alle Arbeiter Deutschands, Euch mit Achtung zu begegnen. Mit besonderer Genugung haben wir das Verhältnis zwischen der Sowjetregierung nd den Intellektuellen, den Technikern und Ingenieuren, Lehrern w. festgestellt ... Daß die sozialistischen Formen des Aufbaues rade dem technischen Fortschritte breite Möglichkeiten eröffnen, kennen sowohl die Führer der Gewerkschaftsbewegung als auch s technische Personal. Das ist die Erklärung für den rfolg Eurer Aufbauarbeiten gewährleistenden Arbeitseifer." rud" vom 14. August 1925.)

„Trotz der Schwierigkeiten, auf die die Russen stoßen, ist jeder — angefangen vom obersten Verwaltungsbeamten bis zum Jungarbeiter — bemüht, nach Kräften an der Erfüllung der Losung beizutragen: Wir arbeiten in unseren Gruben zum Wohle der Gesellschaft und zu unserem eigenen Wohle, nicht für den Privatunternehmer." (Ber. der engl. Del.)

„Das Arbeiter- und Bauern-Rußland stellt das Gegenteil der kapitalistischen Länder dar, die sich im Abstieg befinden." (Schwedische Delegation. „Trud" vom 22. Juni 1925.)

„Wir verbergen nicht, daß Euch noch sehr viel zu tun bevorsteht ..., daß Ihr noch eine große Arbeit auf kulturellem Gebiete leisten müßt, wir erkennen aber an, daß Ihr alles Menschenmögliche getan habt, um die Prinzipien von Marx und Engels in die Tat umzusetzen. Wir wünschen Euch Glück zu dem begonnenen sozialistischen Aufbau!" (Aus dem Aufrufe der deutschen Delegation an die Arbeiter und Bauern Georgiens. „Trud" vom 14. August 1925.)

Wir könnten noch viele andere Zitate bringen, die zeigen, in welcher Richtung der Gedanke der Delegierten arbeitet. Sie treten an die Probleme nicht vom abstrakten, sondern vom praktischen Standpunkt heran. Ihre Erklärungen sind das Produkt der verallgemeinerten Erfahrung, was bei den einzelnen Delegierten deutlich in folgendem zum Ausdruck kommt: „Ich wünsche dasselbe in Deutschland zu sehen." (Lehnert, Sozialdemokrat.) „Hier haben wir uns davon überzeugt, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung durchaus möglich ist und daß sie von den Arbeitern Sowjet-Rußlands geschaffen wird." (Freiberger, Sozialdemokrat.) „Ihr habt durch die Tat bewiesen, daß das Proletariat eine sozialistische Wirtschaft aufbauen kann." (Eschenhorn, Sozialdemokrat) usw. Woran sehen sie den sozialistischen Charakter unserer Betriebe? Daran, daß sie der Arbeiterklasse gehören, daß die Klasse der privaten Großunternehmer nicht mehr existiert, daß die Erzeugnisse der Großindustrie gesellschaftliches Eigentum sind.

Die Delegationen wurden natürlich auch die privatkapitalistischen Beziehungen gewahr, die noch in unserem Lande bestehen: Freier Handel, zahlreiche Kleinunternehmungen und Wirtschaften in den Städten bzw. Dörfern. Wichtig ist jedoch, daß sich die Arbeiter sehr rasch klar wurden, wo sich das Schwergewicht befindet. Sie bemerkten, wie gesagt, sofort die kapitalistischen Momente, interessierten sich aber hauptsächlich dafür, ob in unserer Wirtschaft Elemente des Sozialismus vorhanden sind, wie die Arbeiterklasse der Sowjetunion ihre Rolle in der Produktion auffaßt. In unseren Hüttenwerken, Textilfabriken, Bergwerken und Erdölfeldern usw. überzeugten sich die anfänglich sehr skeptischen sozialdemokratischen Arbeiter, daß wir tatsächlich am Sozialismus zimmern. Sie vertuschen nicht die schwachen Seiten unseres Wirtschaftslebens, die Reste der kapitalistischen Beziehungen, erkennen aber, welche Elemente, d. h. kapitalistische oder sozialistische, in unserer Industrie überwiegen und sprechen das offen aus. Das ist es jedoch, worüber wir uns mit der internationalen Sozialdemokratie streiten, mit ihr die Klinge kreuzen. Der Kampf gegen die Sowjetunion, gegen die Bolschewisten, wird doch gerade unter der Losung geführt: „Die Bolschewisten zerstören alles, bauen nichts auf. Der Sozialismus in einem rückständigen Lande ist kleinbürgerliche Utopie." Nun aber sind Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und kompromißlerischer Gewerkschaften gezwungen, anzuerkennen, daß in der USSR. tatsächlich die sozialistische Wirtschaft aufgebaut wird. Sie ist nicht mehr eine leere Theorie, der Sozialismus „im Jahre 3000", der Zukunftsstaat, der von der Sozialdemokratie um so farbenreicher geschildert wird, je weniger sie für den Sieg des Sozialismus tun. Der Arbeiterstaat existiert. Er leistet eine gewiß noch nicht vollkommene aber praktische Arbeit zur Verwirklichung des sozialistischen Ideals. Daher antworteten einige der Delegierten auf die diesbezügliche Frage: Das Wirtschaftssystem in der USSR. befindet sich im Uebergangsstadium, andere: Das Wirtschaftssystem der USSR. ist sozialistisch.

*) Von A. Losowsky, 1926, erschienen im Führer-Verlag, in NW. 6, Charitéstraße 7,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260622-13/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

An alle Ortsgruppen der KPD. im Bezirk Halle-Merseburg

Die Volksentscheidskampagne erforderte große Ausgaben. Der Bezirk hat finanzielle Verpflichtungen zu erfüllen. Wir erwarten, daß alle Ortsgruppen

sofort die Sammellisten abrechnen

Listen und Gelder sind an die Bezirkskasse zu senden.

Bis zum 26. Juni müssen diese Arbeiten erledigt sein. Die säumigen Ortsgruppen werden wir am 28. Juni im „Klassenkampf" veröffentlichen.

Bezirksleitung der KPD., Org.-Abtl.

Rüstet zum Roten Tag in Artern am 26. u. 27. Juni!

An die Ortsgruppen des Roten Frontkämpfer-Bundes!

Am Sonnabend, dem 26. Juni, und Sonntag, dem 27. Juni, findet in **Artern** ein

Gautreffen

statt. Zur Veranstaltung ist folgendes Programm vorgesehen:

Sonnabend, den 26. Juni, abends ½9 Uhr, im „Goethe-Haus" Kommers (Konzert, Rezitationen).

Sonntag, den 27. Juni: 6 Uhr vormittags: Wecken. **Bis 12 Uhr** vormittags: Empfang der auswärtigen Ortsgruppen. 12 Uhr mittags: Führerbesprechung im „Goethe-Haus". 11 bis 12 Uhr vormittags: Konzert auf dem Marktplatz und Salzdamm. ½2 Uhr nachmittags: Aufmarsch nach dem Marktplatz zur Fahnenübergabe, anschließend Umzug durch die Stadt nach der Festwiese. Daselbst großes Konzert. 8 Uhr abends: Theater im „Goethe-Haus".

Kameraden! Artern i. Thür. liegt im Bezirke der **völkischen Hochburg.** Jedes Jahr mußten wir in Artern ein Stahlhelmfest erleben. Aus diesem Grunde muß ein **gewaltiger Gegenstoß** unternommen werden, um hier zu zeigen, daß die rote Front marschiert. Ortsgruppen, welche schon Sonnabend kommen, melden dies zwecks Quartierbeschaffung an den Kameraden Fritz Arlt, Luisenstraße.

Gauleitung RFB. Halle-Merseburg.

Da lachen ja die Hühner

Oder: Der verspätete Polizeibericht

Ueber den Stahlhelm-Ueberfall in der Langen Straße erscheint heute endlich folgender Polizeibericht, der ein klassisches Dokument der hallischen Polizei bildet, und den wir vorläufig kommentarlos veröffentlichen:

„Der Zusammenstoß zwischen Stahlhelmmitgliedern und Angehörigen der Kommunistischen Partei am 18. Juni an der Ecke Lange- und Bertramstraße hat über die Schuldfrage noch kein klares Bild ergeben, da die Aussagen der bisher vernommenen Augenzeugen in wesentlichen Punkten voneinander abweichen. Das Polizeipräsidium ist eifrig bemüht, die Schuldfrage einwandfrei zu klären. Feststeht jedenfalls soviel, daß die zur Wiederherstellung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit tätig gewesenen Schutzpolizeibeamten sich in jeder Hinsicht einwandfrei benommen haben."

Legale Schupoprovokationen

Gestern vormittag kam ein Beamter der Polizeiwache in Glaucha die Lange Straße entlang und forderte einen vor dem Hause Nummer 6 sitzenden Jungstürmer auf, aufzustehen und den Fußsteig freizumachen. Auf die Bemerkung des jungen Arbeiters und einer aus dem Fenster sehenden Frau, daß der Fußsteig ja völlig frei sei und der junge Arbeiter als Mitbewohner des Hauses doch das Recht habe, auf der Schwelle des Hauses zu sitzen, fing der Beamte sofort an zu brüllen und wiederholte seine Aufforderungen in dem bekannten Beamtenjargon kurz hintereinander. Ehe der junge Arbeiter sich überhaupt erheben konnte, wurde er schon gepackt und von dem Beamten zur Wache geschleppt.

Selbst wenn man annehmen will, daß der Beamte Grund und ein Recht hatte, dem Arbeiter das Sitzen vor der Haustür zu verbieten, bleibt immer noch die Frage offen, woher er das Recht nimmt, wegen einer solchen Lappalie einen Menschen, dessen Personalien er ja an Ort und Stelle besser als an irgendeinem anderen Platz feststellen kann, mit zur Wache zu nehmen. Man kann fast annehmen, daß die Beamten der Glaucha-Wache zu wenig Dienst haben, daß sie sich in dieser Weise Betätigung suchen. Sollte dies der Fall sein, mögen sie mehr auf völkische Wegelagerer achtgeben, **denn gewöhnlich ist kein Beamter zu sehen, wenn Stahlhelmstrolche gesetzwidrige Taten begehen.**

Strafbarer Wahl-Terror!

Im Lokal Zimmermann, „Bernhardyhalle" erschien ein Handwerksmeister zur Wahl. Er wurde von Herrn Anton Stutzke, Landwehrstraße 8, Herrschaftliche Dienerschule, im Lokal mit den Worten empfangen: „Sie werden doch nicht etwa wählen, ich bringe sie sonst auf die Liste." Der Handwerker, welcher auch sein Haus und seinen Hof der Inflation geopfert, wählte doch. Stutzke ist Stahlhelm, bei jeder Wahl Listenführer der Deutschnationalen Partei, ein getreuer Fürstenlakei.

Völkische Feiglinge

Am Sonnabend gegen 7 Uhr kam der rote Frontkämpfer Walter Käjebier vom Unterberg her, um nach Hause zu gehen. Da er in Uniform war und auch ein Musikinstrument unter dem Arm trug, wollte er statt der Großen Ulrichstraße die Kleine Ulrichstraße benutzen. Kaum war er an dem Nebeneingang der Weinstube Pottel und Broskowsky vorüber, als er plötzlich von hinten, ohne vorher etwas bemerkt zu haben, mehrere heftige Stockschläge über den, von dem Stahlhelmüberfall am Freitag, verletzten Kopf erhielt. Als er sich umdrehte, sah er sich vielen Stahlhelmern gegenüber, die teilweise ebenfalls verbundene Köpfe trugen. Die traurigen Gesellen schlugen so lange auf den Frontkämpfer ein, bis dieser zu Boden stürzte. Als er kurz darauf von Straßenpassanten und einem Schupobeamten wieder aufgehoben wurde, war von den Tätern nichts mehr zu sehen. Nach allen Umständen ist es kaum anders möglich, als daß sich die Wegelagerer im Weinhaus Pottel und Broskowsky aufgehalten und nach dem tückischen Ueberfall auch wieder in dieses zurückgezogen haben.

An diesem Ueberfall zeigt sich besonders kraß die erbärmliche Feigheit dieses Straßengesindels, das sich zu einem erheblichen Prozentsatz aus gemeingefährlichen Verbrechern zusammensetzt. Für die Herren Oberstleutnant Duesterberg und Hauptmann Jüttner muß es doch eine ganz besonders hohe Ehre sein, Führer solcher „Frontsoldaten" zu sein.

Christliche Theorie und Praxis

Die famose Gefängnis„hilfe"

Daß christliche Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe in der Theorie ganz anders aussieht als in der Praxis, haben wir schon unendlich oft an krassen Beispielen beweisen können, und bei einem Geistlichen scheint es zum guten Ton zu gehören, wenn er Wasser predigt, selbst Wein zu trinken. Früher wurde in diesen Kreisen wenigstens noch der Schein der Frömmigkeit und Mildtätigkeit gewahrt, aber das ist jetzt nicht mehr nötig. **Die Diener Gottes haben es nicht mehr nötig, ihr wahres Gesicht zu verbergen und zeigen sich ganz offen als Werkzeuge der herrschenden Klasse. Das zeigt wieder folgender Vorfall, der uns unterbreitet wurde.**

Einem ehemaligen Strafgefangenen **wollte es nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt in Reichenbach nicht gelingen, Beschäftigung zu finden.** Von seinen Eltern in Hannover wurde ihm jegliche Unterstützung versagt, und so kam er nach Halle, um einen hier wohnhaften Bruder um Hilfe zu bitten, aber auch dieser verweigerte ihm jede Unterstützung in Rat und Tat. Als es Abend wurde und der Mittellose noch immer nicht wußte, wo er die Nacht verbringen sollte, wandte er sich mit der Frage nach dem Obdachlosen-Asyl, woselbst er übernachten wollte, an einen Schupobeamten. Dieser riet ihm jedoch, sich nicht nach dort zu begeben, weil hier die Gefahr bestehe, daß seine noch gut erhaltene Kleidung Ungeziefer aufnehmen könnte. Der ehemalige Strafgefangene verblieb die Nacht auf der Straße. Am anderen Tage erfuhr er von einem in der „Herberge zur Heimat" (die Herberge entspricht auch der deutschen Heimat) beschäftigten Hausmeister die Adresse des Pastors Brachmann, der Vorsitzender der hiesigen Gefängnishilfe ist. Der Strafgefangene wandte sich also hilfesuchend an den Pastor, kam aber auch hier an die verkehrte Adresse. Der Diener Gottes erklärte ganz freimütig,

daß er wohl helfen könne, aber nicht wolle, es sei ihm auch untersagt, solchen entlassenen Strafgefangenen zu helfen, die schon wieder einige Wochen ziellos „umherirrten".

Auf die Bitte, ihm doch als Privatmann mit Wenigen zu unterstützen, antwortete der fromme Pastor, der sich übrigens anschickte, gerade zu einem Gottesdienst zu gehen, mit dem Hausfriedensbruchsparagraphen.

Natürlich ist der hier geschilderte Fall in unserer heutigen Gesellschaftsform etwas Alltägliches. Wenn sich aber schon die Diener Gottes so offen als berufliche Frommtuer zu erkennen geben, wäre es angebracht, wenn sie auch ihr Märchenbuch, die Bibel, etwas zeitgemäß umarbeiten würden. Vielleicht predigt man in Zukunft: Wer zwei Mäntel hat, der sehe zu, daß er noch mehr erhalte, oder: „So Du einen Hungrigen findest, so laß ihn verrecken". Sinngemäß wäre auch: „Selig sind die Reichen, denn sie haben sich das Himmelreich auf Erden errichtet".

Schwere Hochwasserschäden in Mitteldeutschland

Wie wir bereits am Sonnabend kurz meldeten, ist Mitteldeutschland von einer neuen Hochwasserkatastrophe heimgesucht worden. Aus allen Teilen unseres Bezirks kommen Hiobsbotschaften. Saale, Mulde, Schwarze Elster, Elbe und die Röder führen beträchtliches Hochwasser, das bereits große Schäden verursacht hat. Es liegen folgende Einzelmeldungen vor:

Die **Elster- und Luppe-Niederung** zwischen Leipzig, Halle und Merseburg ist gleich **einem einzigen großen Binnensee.** Trübe, strudelnde Fluten, soweit das Auge reicht, die Heuernte endgültig vernichtet, die Getreide-, Rüben- und Kartoffelernte schwer gefährdet. Am meisten war die Ortschaft **Maßlau bedroht,** wo der Damm der Luppe zu brechen drohte. **Dölkau und Zweimen** sind schwer betroffen.

Hochwasserkatastrophe im Kreise Schweinitz

Aus **Schweinitz** wird gemeldet: Während das Hochwasser in allen Elster-Städten und -Dörfern gleichmäßig viel Schaden anrichtet, ist unser Städtchen geradezu das **Opfer einer Katastrophe geworden.** Die Keller sind weit überschwemmt, Wiesen und Felder nicht mehr zu sehen. Der angerichtete Schaden ist noch nicht abzuschätzen, da die Folgen noch nicht abgesehen werden können. Das Heu ist vom Wasser fortgetrieben. Die Felder sind überspült und die Ackerkrume vielfach von der Strömung weggeschwemmt.

Aehnliche Meldungen liegen vor aus **Herzberg, Clossa, Schützberg, Gorsdorf, Clöden.** In Clossa hat das Hochwasser besonders viel Schaden angerichtet, stand doch das ganze Dorf unter Wasser. Da die Hochflut in die Ställe drang, mußte das Vieh herausgeholt werden. Die Not ist eine ganz außerordentliche.

Dammbruch bei Wittenberg

Die Einwohner der Stadt Wittenberg wurden durch das Geheul der Fabriksirenen alarmiert. Der Elbdamm war durch den Druck der ungeheuren Wassermassen zwischen Pratau und dem städtischen Gut Seegrehna in großer Ausdehnung **gebrochen** und die Wassermassen ergossen sich nun auf die jenseits der Elbe gelegenen städtischen Güter, die gesamte Ernte vernichtend.

Falsche Gerüchte über einen Dammbruch der Mulde

Bitterfeld. Gegenüber den immer und immer wieder auftretenden Gerüchten von einem Dammbruch der Mulde in der Gegend von Bitterfeld oder im Anhaltischen in der Nähe von Jeßnitz wird uns von amtlicher Stelle mitgeteilt, daß von einem Dammbruch in diesen Gegenden keine Rede ist. Tatsache ist lediglich, daß sich der Muldendamm durch die anhaltenden Regengüsse etwas gelockert hat. Es sind aber sofort umfassende Sicherheitsmaßnahmen (Steine aufgeschichtet, Breiter vorgelegt usw.) getroffen worden, um einen Bruch des Dammes zu verhindern.

Dammbruch bei Liebenwerda

Liebenwerda. Der Damm der Rödern ist bei Würdenhain gebrochen. Ungeheuere Wassermengen fluteten durch die Oeffnung **in das weite Tal und vernichteten in wenigen Stunden** die ganze Ernte. **Das Dorf Würdenhain mußte sofort geräumt werden.** Teile **des Dorfes standen bald unter Wasser und waren vom** Verkehr abgeschnitten. **Auf dringendes Ersuchen des Landrats** traf in den **Abendstunden aus Dresden eine Kompanie Reichswehr** und aus **Torgau und Wittenberg je eine Hundertschaft Schutzpolizei** ein, die **sofort mit den Ausbesserungsarbeiten an der Bruchstelle** begannen. **Diese haben die ganze Nacht angedauert und wurden sehr** erschwert **durch Mangel an Material. Gegen Morgen hatte man den Dammbruch bis auf kleine Stellen eingedämmt. Es war jedoch** unmöglich, gegen die Gewalt des Wassers anzukommen, das in starken Strömen **durch den Dammbruch in die Felder sich ergoß.** Der Schaden an der Ernte ist sehr hoch. Weite Ackerländereien sind unter Wasser gesetzt, so daß diese fruchtbare Gegend ihre Ernte verlieren dürfte.

Von der Elbe

wird gestern, Montag, aus **Torgau** gemeldet: Das Hochwasser der Elbe ist von gestern auf heute langsam zurückgegangen. Nachdem es gestern den Höchststand mit 5,95 Meter erreichte, fiel es bis heute früh 8 Uhr auf 5,75 Meter. Die Wassersnot ist indessen noch nicht überwunden. Vom Wasserbauamt liegt folgende Meldung vor:

Prag berichtet: Elbe Torgau 22. 6. früh 6,15 Meter, langsam **steigend.**

Danach ist also mit erneutem Steigen des Wassers zu rechnen. Sehr unangenehm macht sich allenthalben das Druckwasser bemerkbar. So sind **weite Strecken bei Großtreben vom Druckwasser überflutet.** Die Elbdämme haben in hiesiger Gegend bisher dem Druck des Hochwassers standgehalten.

•

Angesichts dieser ungeheuren Hochwasserschäden muß sofortige Hilfe für die Betroffenen gefordert werden. Die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtags hat bereits einen entsprechenden Antrag eingereicht. Aber auch der Landtag für die Provinz Sachsen hat die Pflicht, hier durch Bereitstellen von Mitteln helfend einzugreifen. Es muß deshalb die **sofortige Einberufung des Provinziallandtags** gefordert werden, damit den Geschädigten sofortige Hilfe gebracht werden kann.

•

Wie noch gemeldet wird, ist an den verschiedenen Hochwasserstellen auch die Technische Nothilfe eingesetzt worden, die da Notstandsarbeiten verrichtet. Warum werden dazu nicht die **Erwerbslosen** verwendet? Es muß demgegenüber verlangt werden, daß in solchen Fällen die Arbeitslosen herangezogen werden, denen natürlich der volle Tariflohn gezahlt werden muß. Aber das will man wohl nicht, man holt lieber die „Technische Nothilfe" anstatt den Arbeitslosen ein paar Pfennige Verdienst zukommen zu lassen. Aufgabe unserer Kreistagsfraktionen ist es, dafür zu sorgen, daß bei solchen Gelegenheiten statt der Technischen Nothilfe vor allem sofort die Erwerbslosen beschäftigt werden. Die Mittel hierfür sind bereitzustellen.

Zur Frage der Wohnungsnot in Halle

Die Frage nach dem tatsächlich bestehenden Umfang des Wohnungsmangels in Halle ist in der Tagespresse und in öffentlichen Versammlungen letzthin wiederholt erörtert worden. Zur Aufklärung wird vom Magistrat auf Grund der Veröffentlichungen des Statistischen Amts folgendes mitgeteilt:

Im Jahre 1910 gab es in Halle 43 381 besetzte Wohnungen und 180 843 Einwohner, im Jahre 1925 (Wohnungszählung vom 3. Mai 1925) war die Zahl der besetzten Wohnungen auf 50 820 und die Zahl der Einwohner auf 193 724 gestiegen. Ein Vergleich der beiden Jahre ergibt, daß im Jahre 1910 auf eine Wohnung 4,17 Einwohner und im Jahre 1925 nur 3,81 Einwohner entfallen. Die Bevölkerung wohnt also heute im Durchschnitt nicht mehr so dicht wie früher.

Zurückzuführen ist die Verringerung der durchschnittlichen Wohndichte auf die seit dem Kriege eingetretene Verkleinerung der Familien bzw. Haushaltungen (Rückgang der Kinderzahl, Wegfall von Dienstboten usw.). Die Haushaltungskopfzahl betrug im Jahre 1910 4,17 Köpfe, im Jahre 1925 aber 3,43 Köpfe.

Bei Beurteilung der Verringerung der durchschnittlichen Wohndichte ist im übrigen das Sinken der Wohnungsgröße seit 1910 in Betracht zu ziehen. Die Zahl der Räume je Wohnung ist nämlich von durchschnittlich 4,12 Räumen im Jahre 1900 (einschl. Küche) auf 3,99 Räume im Jahre 1925 zurückgegangen.

Im einzelnen ergibt die durchschnittliche Belegung in den verschiedenen Größengruppen folgendes Bild:

	in 1925:	in 1910:
einräumige Wohnungen	1,85 Personen	1,4 Personen
zweiräumige Wohnungen	2,81 Personen	2,7 Personen
dreiräumige Wohnugen	3,54 Personen	3,8 Personen
vierräumige Wohnungen	3,81 Personen	4,2 Personen
fünfräumige Wohnungen	3,83 Personen	4,1 Personen
sechsräumige Wohnungen	4,06 Personen	4,3 Personen
siebenräumige Wohnungen	4,46 Personen	4,6 Personen
achträumige Wohnungen	4,93 Personen	5,1 Personen
neunräumige Wohnungen	5,58 Personen	5,1 Personen
zehnräumige Wohnungen	5,92 Personen	5,1 Personen
noch größere Wohnugen	7,35 Personen	6,9 Personen

Es zeigt sich also, **daß die Kleinstwohnungen von ein und zwei Räumen und die neun- und mehrräumigen Wohnungen heute dichter belegt sind als früher.** Die stärkere Besetzung der Großwohnungen hängt offenbar mit durchgeführten Zwangseinquartierungen zusammen.

Für die **Beurteilung des Mangels an Wohnungen ist die Wohndichte nicht von Bedeutung. Ausschlaggebend ist vielmehr die Zahl der Haushaltungen.**

Vor dem Weltkriege (1910) standen sich 43 381 Wohnungen und 43 266 Haushaltungen gegenüber. 567 Wohnungen standen leer. Die 43 266 Haushaltungen **lebten also tatsächlich** in 428[illegible] Wohnungen. Mithin hatten nur verhältnismäßig wenige Haushaltungen (452) keine eigene Wohnung inne.

Für das Jahr 1925 ergeben sich folgende Zahlen: Am Tage der **Zählung waren in 50 820 Wohnungen 56 315 Haushaltungen untergebracht.** 131 Wohnungen standen leer. Insgesamt waren also 50 951 Wohnungen vorhanden.

Ohne eigene Wohnung waren mithin 5 564 selbständige Haushaltungen.

Wenn auch zu berücksichtigen ist, daß vermutlich ebenso wie vor dem Kriege nicht alle diese Familien Anspruch auf eigene Wohnung erheben, so darf auf der anderen Seite doch nicht außer acht gelassen werden, **daß heute viele unter normalen Verhältnissen abbruchreife Häuser trotz ihrer Minderwertigkeit noch zu Wohnzwecken benutzt werden,** und daß ein gewisser Leerwohnungsvorrat angelegt werden muß.

Von den 5564 **wohnungslosen Haushaltungen** lebten am Zählungstage 1367 (24,6 Prozent) mit anderen Familien zusammen in Kleinwohnungen (bis zu 2 Räumen und Küche), 2713 (48,7 Prozent) in Mittelwohnungen (3—4 Räume und Küche), und etwa ein Viertel (genau 1484 [26,7 Prozent]) waren in Großwohnungen (5 und mehr Räume und Küche) untergebracht. In 396 Wohnungen hausten drei und mehr **Haushaltungen,** davon waren [illegible] Klein- und Mittelwohnungen.

Es ist noch ausgeführt worden, daß die Zwangswirtschaft das früher durch Tod von über 50 Jahren alten Personen verursachte Freiwerden von Wohnungen verhindere, weil in der Regel alleinstehende Hinterbliebene als Erben aufträten, um die Mehrzahl der ererbten Räume zu möglichst hohen Preisen unterzuvermieten. Dabei ist berechnet worden, daß eigentlich nicht nur keine Wohnungsnot bestehen dürfe, sondern sogar ein Ueberschuß an Wohnungen vorhanden sein müsse.

Wie sich aus einer Untersuchung ergibt, die für Halle durchgeführt worden ist, und die demnächst im „Reichsarbeitsblatt" veröffentlicht werden wird, **werden tatsächlich Wohnungen in demselben Umfange wie vor der Zwangswirtschaft durch Haushaltsauflösungen (Tod) frei.** Während der Anteil der Haushaltsauflösungen am Gesamtzugang der Haushaltungen in den Jahren **1900 bis 1910 41 Prozent betrug, stellt er sich** in den Jahren 1910 bis 1925 auf 43 Prozent, also sogar noch um eine Kleinigkeit höher.

• **Warnung.** Wir warnen alle Kameraden und Parteigenossen vor einem gewissen Paul Friedrich, geb. 12. November 1902 zu Riesdorf, letzter Aufenthalt **Brachstedt bei Halle** und auch Halle. **Derselbe trägt unberechtigterweise RFB.-Abzeichen und Mütze,** und versucht, sich bei Kameraden einzuquartieren, um dann Diebstähle vorzunehmen. **Windjacke und Ledergamaschen,** die er trägt, sind ebenfalls gestohlen. **Der Betreffende ist, wo er auftaucht,** sofort den zuständigen Stellen abzuliefern.

Gauleitung Halle-Merseburg des RFB.

• **Volkspark.** Heute abend ¾8 Uhr findet das 7. Sommerkonzert als ein „Volkstümlicher Abend" statt. **Eintritt 0,50** und für Erwerbslose 0,30 Mark.

Aus der Jugendbewegung

An alle Mitglieder der Kommunistischen Jugend!

Genossen! Es finden jetzt Mittwochs von 7 Uhr abends regelmäßige Spiele auf der Peißnitz statt. **Erscheint alle und** bringt **Euere Bekannten mit.**

Der Ortsvorstand.

Arbeiter-Sport

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Handball

Dienstag, 22. Juni: Sportlerinnen ½8 Uhr Wörmlitz — Kröllwitz, Wörmlitz (Fichte).

Mittwoch, 23. Juni: 7 Uhr ASC. 1. — Sportlust 1., Peißnitz (Diener, Schiller); 7 Uhr Diemitz 1. — Atlas 1., Diemitz (Adler); Sportlerinnen ½8 Uhr Schwimm[…] gegen Kröllwitz, Othello-Platz (Othello).

Donnerstag, 24. Juni: ½8 Uhr Merseburg 1. — Adler 1., Merseburg (Ammendorf); 7 Uhr ASC. 2. — Sportlust 2., Peißnitz (Fichte); Sportlerinnen ½8 Uhr Minerva — ASC., Minerva (Wörmlitz).

Wien-Fahrer! 6. Bezirk, 2. Kreis Arbeiter-Turn- und Sportbund. Mittwoch, 23. Juni, abends 7 Uhr, Sitzung „Fichte-Platz". Fahrgeld nicht nötig. Meld[…]

Vereinsmitteilungen

Rüstig-Vorwärts Bruckdorf. Am Mittwoch, 23. Juni, findet eine Vorstandssitzung im Vereinsheim statt. Dazu haben alle Funktionäre des Vereins zu erscheinen. Am Sonnabend, 26. Juni, findet die fällige Monatsversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Sportgenossen, zu erscheinen. Die Handballspieler werden ersucht, Paßbilder zu besorgen, damit die Mannschaften gemeldet werden können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260622-13/fragment/page=0006

Volksentscheid-Ergebnisse aus dem Bezirk Halle-Merseburg

Landkreise

Querfurt. Stimmberechtigt 41 992, Zahl der gültigen Stimmen 681. Ja 10 890, Nein 425, ungültig 366. Wahlbeteiligung Prozent. Volksbegehren 9213.

Merseburg. Stimmberechtigt 49 727, Zahl der gültigen Stimmen 415, Ja 24 124, Nein 1173, ungültig 1118. Wahlbeteiligung Prozent. Volksbegehren 22 759.

Naumburg. Stimmberechtigt 9716, Zahl der gültigen Stimmen 47, Ja 1178, Nein 27, ungültig 42. Wahlbeteiligung 12 Prozent. lksbegehren 685.

Sangerhausen: Stimmberechtigte 46 545, Ja 16 282, Nein 616, un-ltig 364, Volksbegehren 16 112.

Bitterfeld (Land). Stimmberechtigte 58 000, gültige Stimmen 860, Ja 30 976, Nein 1081, ungültig 1805. Wahlbeteiligung Prozent. Volksbegehren 25 024.

Delitzsch. Stimmberechtigt 50 094 Zahl der gültigen Stimmen 465, Ja 20 559, Nein 811, ungültig 1095. Wahlbeteiligung 45 Prozent. Volksbegehren 17 392.

Schweinitz. Stimmberechtigt 25 484, Zahl der gültigen Stimmen 18, Ja 5066, Nein 169, ungültig 83. Wahlbeteiligung 20 Proz. lksbegehren 3931.

Eckartsberga. Stimmber. 25 295, Ja, 3 398, Nein 152, ung. 73, 3 623, Wahlbeteilg. noch nicht 15 Prozent. Volksbegehren 3048.

Torgau. Stimmberechtigt 36 038, Zahl der gültigen Stimmen 214, Ja 9405, Nein 386, ungültig 423, Wahlbeteiligung 29 Proz. lksbegehren 7405.

Liebenwerda. Stimmberechtigt 46 516, Zahl der gültigen Stimmen 423, Ja 16 775, Nein 648, ungültig 553. Wahlbeteiligung 38 Pro-zent. Volksbegehren 14 701.

Kreis Merseburg

nitz: Ja 160, Nein 13, ung. 13, wahlber. 351, Volksbeg. 142.
itz a. B.: Ja 404, Nein 8, ung. 21, wahlber. 610, Volksbeg. 419.
en: Ja 1690, Nein 70, ung. 60, wahlber. 2716, Volksbeg. 1360.
na: Ja 225, Nein 23, Volksbeg. 334.
gliebenau: Ja 123, Nein 4, ung. 4, Volksbeg. 126.
betha: Ja 144, Volksbeg. 138.
lleben: Ja 385, Nein 8, ung. 19, Volksbeg. 290.
ichau: Ja 311, Nein 14, ung. 10, Volksbeg. 154.
derbeuna: Ja 70, Nein 7, ung. 4, Volksbeg. 70.
erbeuna: Ja 337, Nein 33, ung. 16, Volksbeg. 354
rgau: Ja 153, Volksbeg. 120.
uern: Ja 103, Nein 3, ung. 6, Volksbeg. 36.
a: Ja 55, Nein 2, ung. 3, Volksbeg. 45.
isdorf: Ja 39, Nein 1, ung. 1, Volksbeg. 29.
ndorf: Ja 38, Nein 3, ung. 1, Volksbeg. 34.
rben: Ja 10.
lichen. Ja 47, Nein 2, ung. 3.
witz: Ja 269, Nein 16, ung. 4.
mar: Ja 127, Nein 1, ung. 7, Volksbeg. 85.
litz: Ja 693, Nein 33, ung. 16, wahlber. 894, Volksbeg. 715.
rthau: Ja 127, Nein 4, ung. 7, wahlber. 192, Volksbeg. 115.
-Lehna: Ja 544, Volksbeg. 415.
leben: Ja 211, Nein 6, ung. 3, wahlber. 660, Volksbeg. 183.
chen: Ja 446, Nein 27, ung. 28, Volksbeg. 415
pau: Ja 134, Volksbeg. 149.
ttau: Ja 377, Volksbeg. 250.
ditz: Ja 3177, Nein 164. ung. 205, wahlber. 5074, Volks-beg. 2855.
tz: Ja 1468, Nein 54, ung. 66, wahlber. 2215, Volksbeg. 1203.
litz: Ja 693, Nein 33, ung. 16, wahlber. 898, Volksbeg. 715.
litz: Ja 231, Nein 9, ung. 8, Wahlber. 310, Volksbeg. 212.
sich: Ja 91, Nein 2, ung. 5, Volksbeg. 72.
chen: Ja 96, Nein 3, ung. 3, Volksbeg. 104.

Kreis Querfurt

narf: Ja 517, Nein 22, ung. 23, wahlber. 1284, Volksbeg. 415.
merit: Ja 108, Nein 6, ung. 16, wahlber. 182.
eiröhlitz: Ja 92, Nein 3, ung. 11, wahlber. 182.
ndorf: Ja 157, Nein —, ung. 8.
dorf: Ja 384, wahlber. 580.
nnsdorf: Ja 464, Nein 24, ung. 18, Volksbeg. 553.

Kreis Weißenfels

ern: Ja 2473, Nein 85, ung. 86, wahlber. 3487, Volksbeg. 2270.
greißlau: Ja 268, Nein 10, ung. 9, wahlber. 381, Volksbeg. 252.
endorf: Ja 339, Nein 9, ung. 8, wahlber. 614, Volksbeg. 294.
anna: Ja 618, Nein 20, ung. 21, wahlber. 1143, Volksbeg. 499.
ing: Ja 426, Nein 6, ung. 20, Volksbeg. 239.
werben: Ja 181, Nein 5, ung. 5, Volksbeg. 149.
mölsen: Ja 1317, Nein 60, ung. 65, wahlber. 2098, Volksbeg.
werben: Ja 207, Nein 10, ung. 6, Volksbeg. 154.

Untergreißlau: Ja 152, Nein 6, ung. 5, wahlber. 242, Volksbeg. 63.
Muschwitz: Ja 260, Nein 9, ung. 11, wahlber. 326, Volksbeg. 256.
Zetzsch: Ja 312, Nein 4, ung. 7, wahlber. 418, Volksbeg. 265.
Rössuln. Ja 61, Nein —, ung. 2, wahlber. 98, Volksbeg. 75.
Unternessa: Ja 78, Nein 4, ung. 3, wahlber. 263, Volksbeg. 59.
Streckau: Ja 616, Nein 16, ung. 26, wahlber. 863.
Weidau: Ja 178, Nein 5, ung. 8, wahlber. 227.

Kreis Zeitz

Grana: Ja 390, Nein 13, ung. 28, wahlber. 566.
Zangenberg: Ja 477, Nein 18, ung. 29, wahlber. 696.
Nasberg: Ja 880, Nein 26, ung. 58, wahlber. 1168.
Aylsdorf: Ja 288, Nein 10, ung. 31, wahlber. 476.
Kleinosida: Ja 68, Nein 2, ung. 9.
Techwitz: Ja 72, Nein 1, ung. 12, wahlber. 141.

Mansfelder Seekreis

Wansleben: Ja 889, Nein 32, ung 18, wahlber. 1998, Volksbeg. 551.
Bennstedt: Ja 456, Nein 11, ung. 18, wahber. 885, Volksbeg. 451
Schraplau: Ja 639, Nein 41, ung. 33, wahlber. 1258, Volksbeg. 594.
Stedten: Ja 464, Nein 24, ung. 22, wahlber. 1300, Volksbeg. 466.
Oberröblingen: Ja 534, Nein 13, ung. 18, wahlber. 1717, Volksbeg. 429.
Höhnstedt: Ja 401, Nein 13, ung. 13, wahlber. 892, Volksbeg. 349.
Müllerdorf: Ja 155, Nein 4, ung. 8, Volksbeg. 92.
Belleben: Ja 371, Nein 11, ung. 21, wahlber. 611, Volksbeg. 346.
Alsleben: Ja 867, Nein 38, ung. 53, wahlber. 2422, Volksbeg. 803.
Alberstedt: Ja 172, Nein 4, ung. 5, wahlber. 466, Volksbeg. 91.
Unterrißdorf: Ja 164, Nein 1, ung. 7, wahlber. 368, Volksbeg. 91.
Cöllme: Ja 102, Nein 3, ung. 3, Volksbeg. 231.
Zappendorf: Ja 326, Nein 14, ung. 18, Volksbeg. 366.
Holleben: Ja 163, Nein 2, ung. 1, wahlber. etwa 860, Volksbeg. 99.
Strenznaundorf: Ja 108, Nein 1, ung. 1, Volksbeg. 102.
Gnölbzig: Ja 100, Nein 11, ung. 6, Volksbeg. 147.
Köchstedt: Ja 53, Nein 2, ung. 1, wahlber. 176, Volksbeg. 19.
Oberteutschenthal: Ja 1081, Nein 52, ung. 48, wahlber. 1576, Volks-beg. 304.

Mansfelder Gebirgskreis

Heitstedt: Ja 2533, Nein 98, ung. 43, wahlber. 5443, Volksbeg. 2362.
Mansfeld: Ja 555, Nein 20, ung. 11, wahlber. 1438, Volksbeg. 400.
Oberwiederstedt: Ja 363, Nein 17, ung. 27, wahlber. 732, Volks-beg. 423.
Walbeck: Ja 179, Nein 11, ung. 4, wahlber. 409, Volksbeg. 237.

Kreis Sangerhausen

Kelbra: Ja 913, Nein 18, ung. 13, wahlber. 1710.
Bornstedt: Ja 544, Nein 15, ung. 5, wahlber. 1021.
Liedersdorf: Ja 41, Nein 2.
Schmalzerode: Ja 93, Nein 2, ung. 2.

Kreis Bitterfeld

Brehna: Ja 669, nein 18, ung. 50, wahlber. 1427, Volksbeg. 574.
Zscherndorf: Ja 736, Nein 34, ung. 43, wahlber. 1097, Volksbeg. 668.
Pouch: Ja 696, Nein 35, ung. 31, wahlber. 1048, Volksbeg. 623.
Greppin: Ja 2307, Nein 62, ung. 99, wahlber. 2974, Volksbeg. 1965.
Golpa: Ja 334, Nein 11, ung. 24, wahlber. 554.
Friedersdorf: Ja 709, Nein 19, ung. 41, wahlber. 1089, Volksbeg. 623.
Zschornewitz: Ja 1138, Nein 28, ung. 37, wahlber. 1664, Volksbeg. 906.
Wolfen: Ja 1981, Nein 66, ung. 85, wahlber. 3348, Volksbeg. 1788.
Großmöhlau: Ja 238, Nein 8, ung 7.
Holzweißig: Ja 2948, Nein 143, ung. —, wahlber. 3806, Volks-beg. 2434.
Niemegk: Ja 802, Nein 30, ung. 73, wahlber. 1167.
Zörbig: Ja 1211, Nein 31, ung. 108, wahlber. 1813, Volksbeg. 1124.
Torna: Ja 61, Nein 2, wahlber. 121, Volksbeg. 46.
Burgkemnitz: Ja 139, Volksbeg. 99.
Mühlbeck: Ja 379, ung. 30, Volksbeg. 363.

Kreis Wittenberg

Kemberg: Ja 620, Nein 28, ung. 22, wahlber. 1200, Volksbeg. 397.
Bad Schmiedeberg. Ja 733, Nein 32, ung. 28, wahlber. 1950, Volks-beg. 571.
Piesteritz: Ja 3650, Nein 67, ung. 84, wahlber. 3600, Volksbeg. 2765.
Zahna: Ja 1071, Nein 33, ung. 11, Volksbeg. 1212.
Bergwitz: Ja 273, Nein 15, ung. 11, Volksbeg. 171.
Dobien: Ja 288, Nein 8, ung. 12, wahlber. 327.
Kleinwittenberg: Ja 939, Nein 28, ung. —, Volksbeg. 820.
Pratau: Ja 507, Nein 9, ung. 10, Volksbeg. 395.
Rotta: Ja 100, Nein 3, ung. 3, Volksbeg. 53.
Gniest: Ja 79, Nein —, ung. 3, Volksbeg. 50.
Lubast: Ja 57, Nein 6, ung. —, Volksbeg. 51.
Bergwitz: Ja 273, Nein 15, ung. 11, Volksbeg. 171.
Uthausen: Ja 34, Nein 1, ung. —, Volksbeg. 20.
Reinsdorf: Ja 257, Nein 9, Volksbeg. 245.

Kreis Delitzsch

Beerendorf: Ja 53, Nein 1, wahlber. 219, Volksbeg. 9.
Benndorf: Ja 25, Nein 1, wahlber. 107, Volksbeg. 1.
Biesen: Ja 48, Nein 2, wahlber. 137, Volksbeg. 22.
Cletzen: Ja 55, Nein 5, wahlber. 161, Volksbeg. 47.
Döben: Ja 107, Nein 4, wahlber. 320, Volksbeg. 123
Döbernitz: Ja 96, Nein 3, wahlber. 267, Volksbeg. 97.
rtitz: Ja 65, Nein 5, wahlber. 157, Volksbeg. 57.
Grebehna: Ja 42, Nein 1, wahlber. 132, Volksbeg. 29.
Groß-Lissa: Ja 51, Nein 1, wahlber. 179, Volksbeg. 66.
Gruna: Ja 93, Nein 4, wahlber. 190, Volksbeg. 95.
Hayna: Ja 60, Nein 1, wahlber. 227, Volksbeg. 60.
Hohenossig: Ja 89, Nein 8, wahlber. 162, Volksbeg. 68.
Jesewitz: Ja 84, Nein 1, wahlber. 171, Volksbeg. 54.
Kl.-Kyhna: Ja 51, Nein 3, wahber. 189, Volksbeg. 29.
Kl.-Lissa: Ja 24, Nein 3, wahlber. 78, Volksbeg. 4.
Kl.-Wölkau: Ja 76, Nein 3, wahlber. 266, Volksbeg. 40.
Klepzig: Ja 72, Nein 3, wahlber. 217, Volksbeg. 72.
Klitzschmar: Ja 31, Nein 2, wahlber. 234, Volksbeg. 5.
Kockwitz: Ja 46, Nein 1, wahlber. 100, Volksbeg. 51.
Kölsa: Ja 50, Nein 1, wahlber. 210, Volksbeg. 29.
Kömmlitz: Ja 64, Nein 4, wahlber. 103, Volksbeg. 65.
Lane: Ja 44, Nein —, wahlber. 149, Volksbeg. 45.
Schweiditz: Ja 261, Nein 4, ung. 9, Volksbeg. 275.
Wiedemar: Ja 174, Nein 1, ung. 5, Volksbeg. 150.
Zwochau: Ja 94, Nein 2, ung. 3, Volksbeg. 71.
Radefeld: Ja 301, Nein 10, ung. 24, Volksbeg. 327.
Glesien: Ja 112, Nein 2, ung. 14, Volksbeg. 84.
Rockwitz: Ja 211, Nein 7, ung. 7, wahlber. 302, Volksbeg. 227.
Freiroda: Ja 175, Nein 11, ung. 9, Volksbeg. 162.
Gr.-Crostitz: Ja 145, Nein 5, ung. 3, wahlber. 245, Volksbeg. 150.
Kl.-Crostitz: Ja 407, Nein 11, ung. 4, wahlber. 171, Volksbeg. 115.
Hohenleina: Ja 249, Nein 10, ung. 16, wahlber. 555, Volksbeg. 244.
Eilenburg: Ja 6130, Nein 203, ung. 479, wahlber. 12 057, Volks-beg. 4862.
Landsberg: Ja 404, Nein 4, ung. 10, wahlber. 1155, Volksbeg. 426.
Güntheritz: Ja 257, Nein 17, wahlber. 333, Volksbeg. 270.
Schladitz: Ja 135, Nein 6, wahlber. 217, Volksbeg. 120.
Zschortau: Ja 364, Nein 20, wahlber. 823, Volksbeg. 396.
Löbnitz: Ja 317, Nein 13, wahlber. 58[illegible] Volksbeg. 253.
Zschölkau: Ja 145, Nein 6, wahlber. 207, Volksbeg. 139.
Badrina: Ja 113, Nein 8, wahlber. 205, Volksbeg. 81.
Gollma: Ja 294, Nein 13, wahlber. 648, Volksbeg. 225.
Paupitzsch: Ja 163, Nein 6, wahlber. 354, Volksbeg. 138.
Queis: Ja 115, Nein 1, wahber. 178, Volksbeg. 115.
Reinsdorf: Ja 160, Nein 5, wahlber. 268, Volksbeg. 176.
Selben: Ja 176, Nein 1, wahlber. 268, Volksbeg. 194.
Wiedemar: Ja 177, Nein 1, wahlber. 423, Volksbeg. 150.
Hohenprießnitz: Ja 156, Nein 3, wahlber. 380, Volksbeg. 125.
Flemsdorf: Ja 19, Nein 3, ung. 1, Volksbeg. 10.
Werlitzsch: Ja 29, Nein 1, Volksbeg. 16.
Wiesenena: Ja 51, Nein 2, ung. 3, Volksbeg. 20.
Kattersnaundorf: Ja 28, ung. 1, Volksbeg. 15.
Kölsa: Ja 50, Nein 1, ung. 2, Volksbeg. 29.
Grabschütz: Ja 25, ung. 1, Volksbeg. 8.
Krippehna: Ja 42, Volksbeg. 29.

Kreis Torgau

Naundorf: Ja 409, Nein 14, ung. 35, wahlber. 687.
Annaburg: Ja 1496, Nein 48, ung. 88, wahlber. 2500, Volksbeg. 1433.
Großtreben (mit Gut): Ja 205, Nein 13, ung. 10, wahlber. 492, Volksbeg. 228.
Hohenleipisch: Ja 708, Nein 27, ung. 22, Volksbeg. 603.
Gorden: Ja 304, Nein 12, ung. 11, Volksbeg. 289.
Kraupa: Ja 96, Nein 4, ung. 3, Volksbeg. 77.
Döllingen: Ja 206, Nein 11, ung. 6, Volksbeg. 182.
Dreska: Ja 62, Nein —, ung. 1, Volksbeg. 50.
Kahla: Ja 45, Nein —, ung. —, Volksbeg. 18.
Plessa: Ja 556, Nein 11, ung. 13, Volksbeg. 491.

Kreis Liebenwerda

Dolstheida: Ja 296, Nein 19, ung. 3, Volksbeg. 190.
Bockwitz: Ja 1377, Nein 44, ung. —, Volksbeg. 1197.
Lauchhammer: Ja 196.
Mückenberg: Ja 761, Nein 26, ung. 12, wahlber. 2068, Volksbeg. 524.
Naundorf: Ja 998, Nein 40, ung. —, Volksbeg. 782.
Hohenleipisch: Ja 708, Nein 27, ung. 22, Volksbeg. 603.
Gorden: Ja 304, Nein 12, ung. 11, Volksbeg. 289.
Biehla: Ja 623, Nein 23, ung. 30, Volksbeg. 674.
Haida: Ja 108, Nein 3, ung. 8, Volksbeg. 108.
Elsterwerda: Ja 894, Nein 21, ung. 30, Volksbeg. 798.
Döllingen: Ja 206, Nein 11, ung. 6, Volksbeg. 182.
Krauschütz: Ja 188, Nein 6, ung. 4, Volksbeg. 198.
Kahla Ja 45, Nein 9, ung. —, Volksbeg. 18.
Wenzendorf: Ja 101, Nein 2, ung. 1, wahlber. 237, Volksbeg. 59.
Kleinleipisch: Ja 322, Nein 8, ung. 5, Volksbeg. 307.
Mühlberg: Ja 973, Nein 27, ung. 58, wahlber. 2100, Volksbeg. 907.
Falkenberg: Ja 1199, Nein 65, ung. 70, wahlber. 3126, Volksbeg. 926.
Cölsa: Ja 58, Nein 2, ung. 3, Volksbeg. 108.
Dreska: Ja 62, Nein —, ung. 1, Volksbeg. 50.
Kraupa: Ja 96, Nein 4, ung. 3, Volksbeg. 77.
Cosdorf: Ja 87, Nein —, ung. 4, wahlber. 334, Volksbeg. 49.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Postbezieher!

Die Bestellung muß bis zum 25. d. M. für Juli erfolgen, da sich sonst der Bezugspreis erhöht.

Der Verlag.

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Ein englischer Arbeiterroman von **Robert Tressal**

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW 7

„Es“, sagte Craß und gab ihm das aus dem Notizbuch gerissene , „dann geh' mal nach dem Lager und such' diese Sachen mmen. Packe sie zusammen auf einen Handwagen und zieh' hierher und sei zurück so schnell wir Du kannst. Sieh' mal zu, Du alles verstehst, eh' Du losrennst, damit Du mir keine Fehler machst.“

t nahm das Blatt und entzifferte mit einiger Schwierigkeit endes:

1 par Laitern, 8 Fuhß
½ Galone Gibs
1 Eimer tünche
12 Funt weise Farbe
2 liter Leinöhl
do do Terpentihn

„Ich kann's lesen.“

„Du nimmst am besten den großen Handwagen“, sagte Craß, n heute abend sollst Du die venetianischen Jalousien mit-men, wenn Du zurückgehst. Sie sollen im Geschäft gestrichen den.“

„All right.“

s der Junge weg war, machte Craß einen kurzen Rundgang das Haus, um zu sehen, wie die andern vorwärts kämen. n ging er in die Küche zurück und fuhr mit seiner Arbeit fort. raß war ungefähr 38 Jahre, mittelgroß und kräftig gebaut. hatte dichtes, krauses, schwarzes Haar und einen kurzen Bart derselben Farbe. Sein Kopf war ziemlich groß, die Stirn aber ig und flach. Unter seinen Bekannten pflegte er seine Fett-igkeit auf sein behagliches Temperament und sein zufriedenes müt zurückzuführen. Hinter seinem Rücken beschuldigten diese das Bier und gingen so weit, ihm den Spottnamen „Das zu geben.

eute morgen gab es keine lärmende Arbeit. Die Maurer und merleute waren vorübergehend zu einer anderen Arbeit. Trotz-herrschte keine absolute Stille; gelegentlich konnte Craß die men der anderen Arbeiter hören, wie sie sich unterhielten, oder einem Zimmerer zum anderen etwas herüberriefen. Hin und wieder rang sich Harlows Stimme durch, der Schnadahüpferln und Operettenlieder und ab und zu auch mal ein schwermütiges Lied sang. Die andern fielen bisweilen im Chor ein, oder unterbrachen den Sänger mit Quieken und Pfeifen. Ein- oder zweimal wollte Craß sie schon ermahnen, weniger zu lärmen; wenn Nimrod kam und sie hörte, würde es Krach geben. Gerade als er es ihnen sagen wollte, hörte der Lärm von selber auf und er hörte lautes Flüstern: „Sieh mal raus! Es kommt einer!“

Ganz still wurde es im Hause. Craß löschte die Pfeife und riß Fenster und Tür auf, um den Tabaksgeruch loszuwerden. Dann rückte er geräuschvoll die Leiter weiter und beschleunigte sein Arbeitstempo. Wahrscheinlich kam das alte „Elend“.

Die Schritte kamen den Korridor entlang, der zur Küche führte. Es waren langsame, schwere, gewichtige Schritte; aber es klang nicht wie von nagelbeschlagenen Schuhen. **Also war es doch nicht „Elend“.**

Als die Schritte schon zur Küche herein waren, sah sich Craß um und gewahrte Herrn Schwitzer, den Eigentümer der „Höhle“. Er war ein großer, fetter Mann, mit grobgeschnittenem, glattrasiertem Gesicht und einem mächtigen Doppelkinn. Das Ganze sah aus wie roher Speck. Seine Nase war groß und fleischig, und die wässrig-blauen Augen hatten entzündete, fast unbewimperte Lider. Die mächtigen dicken Füße steckten in kalbsledernen Schuhen mit gelb-lich-grauen Gamaschen. Er war so breit, daß seine Gestalt den Türrahmen ganz ausfüllte, und beim Hereinkommen bückte er sich etwas, um seinen glänzenden Seidenhut nicht zu beschädigen. Die eine behandschuhte Hand steckte in der Ueberziehertasche, in der anderen trug er einen eleganten, kleinen Diplomatenkoffer.

Als Craß dieses Individuums ansichtig wurde, legte er die Hand respektvoll an die Mütze.

„Guten Morgen, Herr.“

„Guten Morgen. Oben hat man mir gesagt, ich würde den Vorarbeiter hier unten finden. Sind Sie der Vorarbeiter?“

„Jawohl, Herr.“

„Sie kommen ja mit der Arbeit voran, wie ich sehe?“

„O ja, Herr, wir strengen uns aber auch ganz kolossal an“, erwiderte Craß so geziert, als hätte er heiße Kartoffel im Munde.

„Herr Hurtig ist wohl noch nicht da?“

„Nein, Herr, er kommt nur selten des Morgens, Herr, er pflegt nachmittags zu kommen, aber Herr Jäger wird sehr wahrscheinlich bald da sein, Herr.“

„Ich will Herrn Hurtig sprechen. Um 10 Uhr habe ich mich mit ihm hier verabredet. Aber“ — er sah auf die Uhr — „es ist wohl noch ziemlich früh.

„Er wird sicher bald kommen“, fügte Herr Schwitzer noch hinzu. „Bis dahin werde ich einen Rundgang durch das Haus machen.“

„Gewiß, Herr“, sagte Craß und folgte unterwürfig, als jener hinausging.

In der Hoffnung auf einen Schilling Trinkgeld von diesem Herrn führte Craß ihn nach vorn und begann mit einer Erklärung über die bisherigen Fortschritte der Arbeit. Da Herr Schwitzer aber nur höchst einsilbig und mit Grunzen antwortete, begriff Craß, daß seine Unterhaltung nicht erwünscht sei und kehrte in die Küche zurück.

Derweilen war oben Philpot zu Neumann gegangen und dis-kutierte mit ihm die Möglichkeit, aus Schwitzer die Mittel für eine kleine Erfrischung herauszuquetschen.

„Mensch, versteh' doch“, sagte er, „das ist doch eine großartige Gelegenheit, ihn breitzuschlagen.“

„Aus dem kriegen wir nichts raus, Kollege“, erwiderte Neumann. „Der ist Abstinenzler durch und durch.“

„Darauf kommt's ja gar nicht an. Woher soll er denn wissen, daß wir Bier damit kaufen? Wir können ja auch Appetit haben auf Tee oder Ingwerbier oder Zitronenlimonade haben wollen!“

Herr Schwitzer stieg jetzt schwerfällig die Treppe wieder herauf und kam in das Zimmer, wo Philpot arbeitete. Dieser grüßte ihn mit respektvoller Herzlichkeit.

„Guten Morgen, Herr.“

„Guten Morgen. Sie streichen also jetzt hier oben?“

„Jawohl, Herr, wir haben gerade angefangen“, erwiderte Philpot liebenswürdig.

„Ist die Tür etwa naß?“ fragte Schwitzer und sah ängstlich auf seinen Mantelärmel.

„Ja, Herr“, erwiderte Philpot, und indem er den großen Man bedeutsam ansah, fügte er hinzu: „Die Farbe ist naß, aber Maler ist trocken.“

„Verdammt“, rief Schwitzer und überhörte anscheinend Schluß von Philpots Antwort, „da hab' ich mir das Zeug schon an den Aermel gschmiert.“

„Nur keine Bange nich“, beruhigte ihn Philpot, heimlich zückt, „das hab'n wir im Augenblick ab. Warten Sie ble Sekunde.“

(Fortsetzung f

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260622-13/fragment/page=0007

Der Generalstreik in Großbritannien und die Ereignisse in Polen

Von J. Stalin

Wortlaut der Rede in der Versammlung der Eisenbahnhauptwerkstätte in Tiflis am 8. Juni

Antwort auf die Begrüßungen

Genossen, erlauben Sie mir vor allem, meinen kameradschaftlichen Dank für die Begrüßungen, die mir hier von den Arbeitern entgegengebracht wurden, auszusprechen. Ich muß Ihnen offen sagen, Genossen, daß ich die gute Hälfte des Lobes, das hier an meine Adresse gerichtet wurde, nicht verdient habe. Es kommt so heraus, als ob ich ein Held des Oktober, ein Führer der KP. der Sowjetunion, ein Führer der Komintern, ein wunderätiger Riese und weiß Gott, was noch alles wäre. All dies ist Unsinn, Genossen, und eine absolut überflüssige Uebertreibung. In einem solchen Tone spricht man gewöhnlich am Grabe eines verstorbenen Revolutionärs, ich habe aber noch nicht die Absicht, zu sterben.

Ich sehe mich deshalb gezwungen, das wirkliche Bild dessen zu rekonstruieren, was ich früher war und wem ich meine jetzige Lage in unserer Partei verdanke.

Genosse Arakel (Okuashwili) sagte hier, daß er sich in der Vergangenheit für einen meiner Lehrer und mich für seinen Schüler hielt. Das ist ganz richtig, ich bin und bleibe ein Schüler der Vorhut der Eisenbahnwerkstättenarbeiter von **Tiflis**.

Ich erinnere an das Jahr 1898, da ich zum ersten Mal einen Zirkel der Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten zur Leitung erhielt. Es war vor 28 Jahren. Ich erinnere daran, wie ich in der Wohnung des Genossen Sturua, in Anwesenheit von Sylvester Dschibladse (er war damals auch einer meiner Lehrer), S. Tschodrischwili, Georg Tscheidse, Micho Bodschorischwili, des Genossen Nipua und von anderen vorgeschrittenen Arbeitern von Tiflis meine ersten Lehren in der praktischen Arbeit erwarb. Im Vergleich zu diesen Genossen war ich damals ein Jüngling. Vielleicht war ich damals etwas mehr belesen als viele von diesen Genossen, aber als praktischer Arbeiter war ich zweifelsohne ein Anfänger. Hier im Kreise dieser Genossen erhielt ich damals meine erste revolutionäre Feuertaufe. Hier im Kreise dieser Genossen bin ich damals Revolutionsschüler geworden. Wie Sie sehen, waren die Tifliser Arbeiter meine ersten Lehrer. Gestatten Sie mir, ihnen jetzt meinen aufrichtigen kameradschaftlichen Dank auszusprechen. (Beifall.)

Ich erinnere ferner an die Jahre 1905 bis 1907, als ich von der Partei zur Arbeit nach **Baku** versetzt wurde. Zwei Jahre revolutionäre Arbeit unter den Erdölarbeitern haben mich als praktischen Kämpfer und einen der praktischen Führer gestählt. Im Verkehr mit solchen vorgeschrittenen Arbeitern von Baku wie Watzek, Saratowetz u. a. einerseits und im Sturm der größten Konflikte zwischen den Arbeitern und den Erdölindustriellen anderseits habe ich zum ersten Male erfahren, was es heißt, große Arbeitermassen zu führen. Dort in Baku erhielt ich also meine zweite revolutionäre Feuertaufe. Hier bin ich ein Unterführer der Revolution geworden. Erlauben Sie mir, daß ich jetzt meinen Bakuer Lehrern meinen aufrichtigen kameradschaftlichen Dank ausspreche. (Beifall.)

Endlich erinnere ich an das Jahr 1917, als ich durch die Partei nach Wanderungen durch Kerker und Verbannungen nach Leningrad versetzt wurde. Dort habe ich im Kreise der russischen Arbeiter in unmittelbarer Nähe des großen Lehrers der Proletarier aller Länder, des Genossen **Lenin**, im Sturme großer Schlachten zwischen Proletariat und Bourgeoisie, unter den vom imperialistischen Kriege geschaffenen Verhältnisse zum ersten Male verstehen gelernt, was es heißt, einer der Führer der großen Partei der Arbeiterklasse zu sein. Dort im Kreise der russischen Arbeiter, der Vertreter der unterdrückten Völker und der Verkämpfer des proletarischen Kampfes aller Länder und Völker, erhielt ich meine dritte revolutionäre Feuertaufe. Dort in Rußland bin ich unter der Führung Lenins zu einem der Führer der Revolution geworden. Erlauben Sie mir, meinen russischen Lehrern meinen aufrichtigen kameradschaftlichen Dank auszusprechen und mein Haupt vor dem Andenken meines Lehrers Lenin zu neigen. (Beifall.)

Das ist, Genossen, das wirkliche Bild dessen, was ich war und was ich geworden bin, wenn wir ohne Uebertreibung offen sprechen wollen. (Stürmischer Beifall.)

Genossen, erlauben Sie mir nun, daß ich zu einer Mitteilung über die Ereignisse in **Großbritannien** im Zusammenhange mit dem Streik und über die jüngsten Ereignisse in **Polen** übergehe, zu einer Mitteilung, die der Vorsitzende einen Bericht nannte, die man aber infolge ihrer Kürze nicht anders als eine Mitteilung nennen kann.

Die Ursachen des Streiks in England

Die erste Frage ist, welches die Ursachen des Streiks in England gewesen sind. Und wie konnte es kommen, daß England, dieses Land kapitalistischer Macht und beispiellosser Kompromisse, sich in der letzten Zeit in einen Schauplatz großer sozialer Konflikte verwandelt hat. Wie konnte es kommen, daß das „große England", der Beherrscher der Meere, sich in ein Land „bolschewistischer Generalstreiks" verwandelt.

Ich möchte zunächst auf einige Tatsachen hinweisen, die für die Unvermeidlichkeit des Generalstreiks in England bestimmend waren. Die Zeit ist noch nicht da, um auf diese Frage eine erschöpfende Antwort geben zu können. Aber einige entscheidende Ereignisse, die für die Unvermeidlichkeit des Streiks bestimmend waren, können und müssen wir erwähnen. Als die vier Hauptursachen können wir folgende erwähnen:

Erstens: Früher hat England im Kreise der kapitalistischen Staaten eine Monopolstellung eingenommen. Als Herr über eine ganze Reihe von großen Kolonien, im Besitze einer vorbildlichen Industrie, war England imstande, die Rolle einer „Weltfabrik" zu spielen und ungeheure Ueberprofite einzuheimsen. Das war die Periode von „Friede und Wohlstand" für England. Das Kapital hat Ueberprofite eingesteckt. Die Brosamen dieses Ueberprofits sind der Oberschicht der englischen Arbeiterbewegung anheimgefallen. Die Führer der englischen Arbeiterbewegung wurden vom Kapital allmählich gezähmt, und die Konflikte zwischen Arbeit und Kapital wurden gewöhnlich durch Kompromisse gelöst.

Die weitere Entwicklung des internationalen Kapitalismus, besonders aber die Entwicklung **Deutschlands, Amerikas** und zum Teil **Japans**, die als Konkurrenten Englands auf dem Weltmarkte auftraten, haben die ehemalige Monopolstellung Englands von Grund auf unterwühlt. Der Krieg und die Nachkriegskrise haben der Monopolstellung Englands einen weiteren entscheidenden Schlag versetzt. Der Ueberprofit wurde kleiner, die den Arbeiterführern anheimfallenden Brosamen begannen zu verschwinden. Immer häufiger und häufiger wurden die Stimmen für die Herabsetzung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse in England. Die Periode von „Frieden und Wohlstand" wurde durch eine Periode von Konflikten, Aussperrungen und Streiks abgelöst. Der englische Arbeiter begann eine Linksschwenkung zu vollziehen, und nahm immer mehr zur bolschewistischen Methode des direkten Kampfes gegen das Kapital Zuflucht.

Es ist nicht schwer, zu begreifen, daß unter solchen Verhältnissen die grobe Drohung der Grubenbesitzer mit der Aussperrung von den Bergarbeitern nicht unbeantwortet bleiben konnte.

Zweitens: Die zweite Tatsache besteht in der Wiederherstellung der internationalen Marktverbindungen und dadurch in der Verschärfung des Kampfes der kapitalistischen Gruppen um den Markt. Es ist charakteristisch für die Nachkriegskrise, daß sie fast alle Verbindungen des internationalen Marktes unter den kapitalistischen Staaten abgebrochen und diese Verbindungen durch ein Chaos ersetzt hat. Gegenwärtig tritt dieses Chaos angesichts der vorübergehenden Stabilisierung des Kapitals in den Hintergrund, und die alten Verbindungen des internationalen Marktes werden allmählich wieder hergestellt. Wenn es sich vor einigen Jahren um die Wiederherstellung der Fabriken und die Heranziehung der Arbeiter zur Arbeit für das Kapital gehandelt hat, so handelt es sich jetzt um die Sicherung von Rohmaterial und Absatzmärkte für die Wiederherstellung der Fabriken. Im Zusammenhange damit ist der Kampf um den Markt mit neuer Kraft entbrannt, wobei den Sieg in diesem Kampfe jene Kapitalistengruppe und jener kapitalistische Staat davontragen wird, dessen Waren billiger und dessen Technik vollkommener ist.

Es treten aber neue Kräfte auf den Markt: **Amerika, Frankreich, Japan, Deutschland,** die **Dominions** und die **Kolonien Englands,** denen es gelungen ist, ihre Industrie während des Krieges zu entfalten, und die jetzt mit um den Markt kämpfen. Nach alledem ist es natürlich, daß die leichte Ausprestung von Gewinnen aus den ausländischen Märkten, wie es England getan hat, jetzt unmöglich geworden ist. Die alte koloniale Methode der monopolistischen Ausplünderung der Märkte und der Rohmaterialquellen mußte der neuen Methode der Beherrschung des Marktes mit Hilfe billiger Waren ihren Platz räumen. Hieraus entspringt das Bestreben des englischen Kapitals, die Produktion einzuschränken oder sie jedenfalls nicht übermäßig zu erweitern. Hieraus entspringt die ungeheure Armee von Arbeitslosen in England als eine ständige Erscheinung der letzten Jahre. Hieraus entspringt die Gefahr des Arbeitsloswerdens, die die Arbeiter Englands in Erregung hält und ihnen Kampfesstimmung verleiht. Hieraus entspringt jene blitzartige Wirkung, die die Drohung mit der Aussperrung auf die Arbeiter überhaupt und auf die Bergarbeiter im besonderen ausgeübt hat.

Drittens: Die dritte Tatsache besteht im Streben des englischen Kapitals nach Herabsetzung des Selbstkostenpreises der englischen Industrieerzeugnisse und nach Verbilligung der Waren auf Kosten der Interessen der britischen Arbeiterklasse. Es ist kein Zufall, daß ein Hauptschlag im gegebenen Falle gegen die Arbeiter gerichtet wurde. Das englische Kapital hat die Bergarbeiter nicht nur deshalb angegriffen, weil die Kohlenindustrie in technischer Hinsicht schlecht ausgerüstet ist und der „Rationalisierung" bedarf, sondern vor allem deshalb, weil die Bergarbeiter immer in den vordersten Reihen des englischen Proletariats gekämpft haben und auch heute kämpfen. Diesen Vortrupp zu zügeln, seinen Arbeitslohn herabzudrücken und den Arbeitstag zu erhöhen, um danach die Sache bei den anderen Gruppen der Arbeiterklasse fortzusetzen — das war die Strategie des englischen Kapitals. Hieraus entspringt jener Heldenmut, mit dem die englischen Bergarbeiter ihren Streik führen. Hieraus entsprang jene beispiellose Hilfsbereitschaft, die die englischen Arbeiter in der Unterstützung der Bergarbeiter durch den Generalstreik an den Tag gelegt haben.

Viertens: Die vierte Tatsache ist die Herrschaft der Konservativen Partei in England, einer Partei der bösesten Feinde der Arbeiterschaft. Natürlich hätte jede andere bürgerliche Regierung im wesentlichen für die Unterdrückung der Arbeiterklasse das gleiche unternommen, was auch die konservative Regierung getan hat. Es unterliegt aber doch keinem Zweifel, nur solche geschworenen Feinde der Arbeiterklasse wie die Konservativen, konnten sich so leicht, so zynisch eine so beispiellose Provokation gegenüber der gesamten Arbeiterklasse Englands leisten, wie es die Konservativen durch die Aussperrungsdrohungen getan haben. Es gilt heute als vollkommen bewiesen, daß die britische Konservative Partei die Aussperrungen und den Streik nicht nur gewollt, sondern daß sie sich seit bereits fast einem Jahre dazu vorbereitet hat. Sie hat den Angriff auf die Bergarbeiter im Juli vorigen Jahres hinausgeschoben, da sie den Augenblick für „ungeeignet" hielt. Sie hat sich aber während dieser ganzen Periode gerüstet. Kohlenvorräte gesammelt, Streikbrecher organisiert und die öffentliche Meinung entsprechend bearbeitet, um im April dieses Jahres den Schlag gegen die Bergarbeiter zu führen. Nur die Konservative Partei konnte sich einen solchen „staatsmännischen" Schritt leisten.

Die Konservative Partei hat sich die Macht auf Grund gefälschter Dokumente und Provokationen erschlichen. Sie hat am ersten Tage ihres Machtantrittes **Aegypten** mit allen Mitteln der Provokation überfallen, sie führt bereits seit einem Jahr einen verdeckten Krieg mit den erprobten kolonialen Methoden der Ausplünderung und Unterdrückung gegen das **chinesische** Volk. Sie spart keine Mittel, um die Annäherung zwischen den Völkern der **Sowjetunion** und den Völkern **Großbritanniens** unmöglich zu machen und bereitet allmählich eine mögliche Intervention vor. Heute greift sie die Arbeiterklasse ihres eigenen Landes an, indem sie diesen Angriff mit einem einer besseren Sache würdigen Eifer ein ganzes Jahr lang vorbereitet hat. Die Konservative Partei kann auch innerhalb Englands nicht ohne Konflikte leben. Kann man sich demnach darüber wundern, daß die englischen Arbeiter auf Schlag mit Schlag antworteten. Das sind die wesentlichen Tatsachen, die für die Unvermeidlichkeit des Streiks in England bestimmend waren.

Die Ursachen der Niederlage des Streiks in England

Die Niederlage des Generalstreiks hat eine ganze Reihe von Ursachen, von denen man wenigstens folgende erwähnen muß:

Erstens: Die englischen Kapitalisten und die Konservativen haben sich, wie der Verlauf des Streiks zeigte, im allgemeinen als erfahrener, besser organisiert, entschlossener und daher stärker erwiesen, als die englischen Arbeiter und ihre Führer in Gestalt des Generalrats und der sogenannten Arbeiterpartei.

Zweitens: Die englischen Kapitalisten und die Konservative Partei sind dem großzügigen sozialen Konflikt in voller Rüstung und gänzlich vorbereitet begegnet, während die Führer der englischen Arbeiterbewegung von der Aussperrung der Bergarbeiter durch die Grubenbesitzer überrascht worden sind, keine oder fast gar keine Vorbereitungsarbeit geleistet haben, wobei sie noch eine Woche vor dem Konflikt ihrer Ueberzeugung Ausdruck gegeben haben, daß es keinen Konflikt geben werde.

Drittens: Der Stab der Kapitalisten, die Konservative Partei, führte den Kampf geschlossen und organisiert, führte seine Schläge in den entscheidenden Punkten des Kampfes, während der Stab der Arbeiterbewegung, der Generalrat und seine „politische Kommission", die Arbeiterpartei, innerlich demoralisiert und zerfetzt waren, da die Hauptführer dieses Stabes sich entweder als direkte Verräter der Bergarbeiter und der gesamten Arbeiterklasse Englands (**Thomas, Macdonald, Henderson und Co.**) oder als charakterlose Mitläufer dieser Verräter erwiesen haben, die vor dem Kampfe und noch mehr vor dem Sieg der Arbeiterklasse Angst haben (**Purcell, Hicks** usw.).

Man kann fragen: Wie kann es geschehen, daß das mächtige Proletariat Englands, das mit beispiellosem Heldenmut den Kampf geführt hat, sich unter der Führung entweder käuflicher oder feiger oder einfach charakterloser Führer befand? Dies ist eine Frage von großer Wichtigkeit. Solche Führer sind nicht auf einmal entstanden. Sie sind von unten her erwachsen, sie haben eine gewisse Erziehung zu Arbeiterführern in England durchgemacht, die Schule jenes Zeitabschnittes, da das englische Kapital die Mehrprofite einheimste, die Arbeiterführer liebkoste und zu Kompromissen mit der englischen Arbeiterklasse ausnützte konnte, wobei sich diese Führer, indem sie sich durch ihre Lebensgewohnheiten und ihre Lage der Bourgeoisie näherten, dadurch von den Arbeitermassen loslösten, ihnen den Rücken kehrten, sie zu verstehen aufhörten. Dies sind Führer der Arbeiter, die der Glanz des Kapitalismus geblendet hat, die die Macht des Kapitals niedergedrückt hat und die davon träumen, „zu etwas zu werden" und „mit Leuten mit Vermögen" sich zusammenzuschließen.

Unzweifelhaft sind diese, mit Verlaub zu sagen, Führer ein Widerhall der Vergangenheit, die bereits der neuen Lage nicht mehr entspricht. Unzweifelhaft werden sie mit der Zeit genötigt sein, den Platz neuen Führern zu räumen, die dem Kampfgeist und dem Heldentum des englischen Proletariats entsprechen. Engels hatte recht, als er solche Führer „verbürgerliche Führer der Arbeiterklasse" nannte.

Viertens: Der Stab des englischen Kapitalismus — die **Konservative Partei** — hat begriffen, daß der gewaltige Streik der englischen Arbeiter eine Tatsache von ungeheurer politischer Bedeutung ist, daß gegen einen derartigen Streik ein ernster Kampf nur mit Mitteln politischer Art geführt werden kann, daß zur Unterdrückung des Streiks sowohl die Autorität des Königs als auch die Autorität des Unterhauses und der Verfassung herangezogen werden müssen, daß der Streik nicht ohne Mobilisierung des Heeres und Verkündigung des Ausnahmezustandes beendigt werden kann, dagegen hat der Generalstab der Arbeiterbewegung Englands — der **Generalrat** — diese einfache Sache nicht verstanden, oder wollte sie nicht verstehen, oder fürchtete sich, sie zuzugeben, indem er gegenüber jedermann beteuerte, daß der Generalstreik ein Mittel ausschließlich wirtschaftlicher Art sei, daß er den Kampf nicht auf das Geleise eines politischen Kampfes führen wolle und beabsichtige, daß er nicht daran denke, den Generalstab des englischen Kapitals, die Konservative Partei, anzugreifen, daß er die Machtfrage nicht auf die Tagesordnung stellen wolle.

Dadurch hat der Generalrat den Streik zum unvermeidlichen Scheitern verurteilt. Denn, wie die Geschichte beweist, muß ein Generalstreik, der nicht auf das Geleise des politischen Kampfes übergeht, unvermeidlich scheitern.

Fünftens: Der Stab der englischen Kapitalisten hat begriffen, daß die internationale Hilfe für den englischen Streik eine tödliche Gefahr für die Bourgeoisie darstellt, während der Generalrat nicht begriff oder so tat, als ob er nicht begreife, daß der Streik der englischen Arbeiter nur bei internationaler proletarischer Solidarität gewonnen werden kann. Daher die Weigerung des Generalrats, die finanzielle Hilfe der Arbeiter der Sowjetunion und anderer Staaten anzunehmen.

Ein so gewaltiger Streik wie der Generalstreik in England konnte greifbare Ergebnisse liefern, zumindest unter zwei Grundvoraussetzungen: Wenn der Streik auf ein politisches Geleise gelenkt und in einen Akt des Kampfes der Proletarier aller vorgeschrittenen Länder gegen das Kapital verwandelt worden wäre. Aber der englische Generalrat rückte, aus der ihm eigenen Weisheit heraus, von diesen beiden Voraussetzungen ab, wodurch er den Generalstreik zum Scheitern verurteilte.

Sechstens: Es besteht kein Zweifel, daß eine nicht geringe Rolle das mehr als zweideutige Verhalten der **Zweiten Internationale** und der **Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale** in der Unterstützung der englischen Streikenden spielte. Die dem Wesen nach platonischen Beschlüsse dieser Organisationen der Sozialdemokratie über die Hilfe für den Streik liefen tatsächlich auf eine Verweigerung jeglicher Finanzhilfe hinaus, denn man kann die Tatsache, daß die Gewerkschaften Europas und Amerikas zusammengenommen nicht mehr als den achten Teil jener finanziellen Hilfe leisteten, die die Gewerkschaften der **Sowjetunion** ihren englischen Brüdern zu erweisen für möglich fanden, mit nichts anderem erklären, als mit dem zweideutigen Verhalten der sozialdemokratischen Internationale. Ich spreche schon gar nicht von einer Hilfe anderer Art, von der Hilfe in der Form der Einstellung der Zufuhr von Kohle, wo die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale sich buchstäblich streikbrechermäßig verhält.

Siebentens: Es ist gleichfalls unzweifelhaft, daß beim Scheitern des Generalstreiks die Schwäche der englischen **Kommunistischen Partei** eine nicht geringe Rolle spielte. Es muß gesagt werden, daß die Kommunistische Partei Englands eine der besten Sektionen der **Kommunistischen Internationale** ist. Es muß bemerkt werden, daß ihre Stellung während der ganzen Zeit des Streiks in England völlig richtig war. Es muß aber auch zugegeben werden, daß ihre Autorität unter den englischen Arbeitern immerhin noch schwach ist. Und dieser Umstand mußte beim Verlauf des Generalstreiks eine verhängnisvolle Rolle spielen.

Dies sind die Umstände, zumindest die wichtigsten, deren Erklärung gegenwärtig unserer Beobachtung zugänglich sind und die den unerwünschten Ausgang des Generalstreiks bestimmt haben.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260622-13/fragment/page=0008